

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Traupenstr. 1/6,  
und durch Speditionen zu beziehen.  
Preis 10 Pf. wöchentlich 2.50.  
Durch Post bezogen 2.50.  
Jahrespreis 26.00.  
Jede Volkswacht am Ort 2.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“  
besteht aus 10 Blättern  
wöchentlich 6 Mal  
für 10 Pf. wöchentlich  
15 Pf. wöchentlich  
26 Pf. wöchentlich  
Jahrespreis 26.00.  
Jede Volkswacht am Ort 2.50.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 42.

Samstag, den 19. Februar 1910.

21. Jahrgang.

## Wahlrechtsfreunde heraus!

Viele Tausende werden sich am Sonntag im „Rekten Keller“ versammeln!

### Arbeiter und Schuhmann.

Die imposante Ordnung der sozialdemokratischen Kundgebungen am letzten Sonntag ist in verschiedenen Städten von bewaffneten Horden in frecher Weise gestört worden. Man sieht die Berichte nicht bloß sozialdemokratisch, sondern auch bürgerlich. Die Verbrechen über die polizeilich verurteilt, die da und dort am Sonntag verübt wurden, so muß man geradezu entsetzt sein über die Verwirrung der Rechtsbegriffe, die sich in solchen behdrlichen Ausschreitungen offenbart. Abgeschlagene Arme und Ohren, gesplattene Schädel, Greise, Frauen, Kinder von Schutzmannschaften und Pferdehufen niedergedrückt, und warum das alles? Niemand ist auf die hauernden, stehenden, reitenden Polizisten ein Angriff verübt worden, nirgends wurde die Ordnung gestört, oder auch nur der Verkehr in empfindlicher Weise beeinträchtigt. Allerdings, es sind Straßendemonstrationen veranstaltet worden, und Straßendemonstrationen sind der preussischen Regierung sehr unangenehm. Aber die Juristen der preussischen Krone zerbrechen sich noch immer vergeblich den Kopf darüber, mit welcher Paragraphenschlinge man solche friedliche Straßendemonstrationen einfangen kann. Selbst das Mädchen für alles, der grobe Unfug-Paragraph, verweigert den Dienst, und so ist man genötigt, zum Reichsbereinsgesetz zu greifen, das die Veranstalter und Leiter nicht genehmigter Aufzüge mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bedroht, wobei allerdings wieder die petalliche Frage entsteht, wer als Veranstalter und Leiter einer solchen Kundgebung anzusehen ist. Denn die bloße Teilnahme macht noch nicht strafbar. Angenommen, es befänden sich wirklich in einem Zuge von einigen Tausend Menschen zwei oder drei Männer („Seher und Verführer“ nennt sie der Polizeijargon liebevoll), die eine Geldstrafe bis zu 300 Mark verwickelt hätten — gibt das der Polizei ein Recht, sich wie toll in die unbewaffneten friedlichen Massen zu stürzen und unter ihnen ein Blutbad anzurichten? Niemand bestreitet, daß die Polizei das Recht hat, Notwehr zu üben, und daß sie darüber hinaus die Pflicht hat, Leben und Eigentum gegen widerrechtliche Angriffe zu schützen! Aber das ist eben das Ungeheuerliche: am Sonntag sind alle widerrechtlichen Angriffe auf Leben und Eigentum von der Polizei ausgegangen. Und sollte wirklich am Dienstag Abend in Neumünster, wie aus wenig zuverlässigen Berichten hervorgeht, der erste Angriff von Seite der Demonstrationen ausgegangen sein, so wäre ein solcher bedauerlicher Vorfall nur eine schwache Fortsetzung dessen, was zwei Tage zuvor von der Polizei begonnen worden war. Auf Polizeieresse folgen Tumulte, das hat die Erfahrung schon oft gezeigt, aber ebenso gewiß ist, daß die Ordnung ungeführt bleibt, wenn die Polizei keine Kaufhändler sucht. Die Erbitterung, die nicht bloß die Arbeiterklasse, sondern auch alle einigermassen anständigen bürgerlichen Kreise erfüllt, ist tief und berechtigt. Aber die Vergeltung für das Geschehene darf nun und nimmer auf dem Felde gesucht werden, auf dem sich die Polizei ihre Vorbeeren geholt hat. Es ist auch nicht zu wünschen, daß die besseren Elemente unter der Schutzmannschaft verantwortlich gemacht werden für Schändlichkeiten, die von bewaffneten Horden verübt wurden. Die schwerste Schuld trifft auch nicht die einzelnen Leute, sondern vielmehr gewisse Vorgesezte und das ganze preussische Polizeisystem, das auf militärischer Grundlage beruht und sich daher aus Hochmut, Unfehlbarkeitsschünkel und Brutalität zusammensetzt. Aber auch dieses infame System hat einen großen Teil der Polizisten den Sinn für Menschlichkeit und Recht nicht auszutreiben vermocht. Selbst unter der Fiedelhaube wuchern mitunter ganz vernünftige Gedanken, und in manchen Städten gehören viele ihrer Träger zu den zuverlässigen sozialdemokratischen Reichstagswählern. Nichts wäre darum verfehlt, als wenn sich die Arbeiterklasse durch die emporwärtigen und schändlichen Vorgänge des letzten Sonntag in einen sinnlosen „Blutdurst“ hineintreiben ließe. Wichtig ist es vielmehr, Licht und Klarheit zwischen Schuldeuten und bewaffneten Kaufhändlern zu unterscheiden. Ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu den ersten ist der Arbeiterklasse durchaus erwünscht, den zweiten aber wird sie das Kanbissertl zu legen wissen. Solche lichtscheue Elemente fürchten nichts so sehr, wie die Öffentlichkeit. Je sicherer es ihnen gelingt, ihre Persönlichkeiten und Handlungen feilzustellen und dem öffentlichen Urteil der Presse und des Parlaments zu überheben, desto rascher wird dafür gesorgt werden, daß ihr schändliches Treiben ein Ende nimmt.

Die „Hilfe“ des ehemaligen Pfarrers Naumann schreibt über dasselbe Kapitel:  
„Nichts ist verständlicher, als wenn das Proletariat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtsentwurf der Regierung bekämpft. Denn wenn diese aus allerhand Einfällen zusammengestoppelte Vorlage überhaupt eine positive, deutlich erkennbare Tendenz hat, so ist es die: die politischen Rechte der Masse der Lohnarbeiter noch zu kürzen. Die Erregung, die jetzt in die breite Masse des Volkes dringt, ist darum gar nicht das Werk der „Berufsmächtigen Verhezung“; diese kann sich in der gegenwärtigen Aera der preussischen Regierungspolitik ruhig auf Faalbett legen, denn ihre Arbeit wird mit größerer Wirkung von den Ministern und ihrem konservativen und staats-erhaltenden Heerhaun geleistet. Die Arbeiter also gehen nun auf die Straße, um dort für das Wahlrecht zu demonstrieren, und ein Teil der sozialdemokratischen Partei hofft dabei, mit der Straße auch das Wahlrecht zu erobern. Soweit die Sozialdemokratie glaubt, damit die geordnete parlamentarische Arbeit ersehen zu können, befindet sie sich in einem heillosen Irrtum; aber es ist ernsthaft garnichts dagegen einzusetzen, wenn sie dieses für Deutschland neue Mittel der Propaganda ausbildet, um im Bewusstsein des Volkes die Bedeutung der Wahlrechtsfrage zu steigern, wach und lebendig zu erhalten. Wir sind weit davon entfernt, die unmittelbare, praktische politische Wirkung der öffentlichen Demonstration zu überschätzen, halten es aber für notwendig, daß man auf der bürgerlichen Seite diese Entwicklung der politischen Propaganda mit ruhiger Gelassenheit betrachte und hier nicht aus Unverständnis die Kluft zwischen Proletariat und Antistehendem Bürgerturn vertiefe. Das ist an keiner Stelle so unnötig, überflüssig und schädlich wie bei der Wahlrechtsfrage. Wenn nun bei solchen Demonstrationen Blut fließt, so wird man das menschlich bedauern; sucht man aber die Schuldfrage, so wird man nicht bei dem einzelnen Schuhmann stehen bleiben, der an Instruktionen gebunden ist, und dessen Beruf nicht eben als Ausbildungslauf für zarte Lebensführung gelten kann. Die Schuld liegt dann ausschließlich bei den Instanzen, die, aus Nervosität, Furcht oder schlechtem Gewissen, glauben, den Umzug großen Menschenmassen nicht dulden zu dürfen. Sie lehnen dies auch ab, wenn ihnen von der Partei durch Parteiführer die öffentliche Ordnung garantiert wird, wiewohl bekanntlich diese Methode der Ordnungsmänner sich immer aufs Beste bewährt hat. Der Satz: „Die Straße dient lediglich dem Verkehr“, wird allen denen als der reine Nohn erscheinen, die aus Versehen einmal in die Nähe höfischer und militärischer Demonstrationen gekommen sind, zu Einzigen, Hochzeiten, Nahrungsbüchen, Paraden usw., wo die Straße einzig dem Zwecke monarchischer Propaganda dient. Da sollte einmal der für die Passanten so besorgte Herr von Jagow eingreifen! Er wird Arbeit genug finden. Und er würde es sich dabei vielleicht angewöhnen, den Bürger zu bedrohen, der für seine Bürgerrechte in friedlicher Weise kämpft.“

### Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Maginierung angenommen, alle Erhebungen abgelehnt!

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses setzte die Beratung der Wahlrechtsvorlage am Dienstag fort. Die Debatte drehte sich zunächst um den nationalliberalen Antrag, der die Drittelung in den Bezirken befürwortet. Bekanntlich ist es einzig und allein durch die Bezirksdrittelung möglich, daß auch Sozialdemokraten in den Landtag einzutreten. Während die Regierungsvorlage diesen Zustand beibehalten will, beantragen die Nationalliberalen die Drittelung in Gemeinden, wie sie vor der Reform des Jahres 1890 bestand, wieder herzustellen. Für ihren Antrag erklärten sich nur die Freikonservativen, während die Redner aller anderen Parteien sich dagegen wandten. Hervorzuheben ist, daß der Sprecher der Freikonservativen, obwohl seine Partei grundsätzlich auf dem Boden des nationalliberalen Antrages steht, sich dagegen erklärte, um nicht die Arbeiter völlig zu entziehen. Die Regierung erklärte sich weder für noch gegen den Antrag; sie will darüber mit sich reden lassen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des nationalliberalen Antrages mit 20 gegen 8 Stimmen. Die weitere Debatte wandte sich sodann zu der Frage der Maginierung. Die Regierungsvorlage will, daß die Steuer-

beiträge über 5000 Mk. nicht angerechnet werden, um auf diese Weise die plutokratischen Wirkungen des Dreiklassenwahlrechtes etwas zu mildern. Die Freikonservativen beantragten, daß die Einkommensteuer, soweit sie den Betrag von 2000 Mk. übersteigt, nicht angerechnet wird. Dagegen sollen die übrigen Steuern voll angerechnet werden, mit anderen Worten, die Maginierung wollen dadurch gegenüber den städtischen Einwohnern begünstigt werden. Von nationalliberaler Seite wurde beantragt, daß in der ersten Klasse mindestens ein Zehntel, in der zweiten Klasse mindestens zwei Zehntel aller Wähler seien. Die Freikonservativen gingen über diesen Antrag hinaus, indem sie beantragten, daß die erste Klasse mindestens zwei Zehntel, die zweite mindestens drei Zehntel der Wähler umfassen müsse. Der nationalliberaler und der freikonservativer Antrag wurde abgelehnt, da das Zentrum sich der Abstimmung enthielt, angeblich um erst die Wirkungen der Anträge zu überschauen. Angekommen wurde der Regierungsvorschlag bezüglich der Maginierung, auch der sozialdemokratische Vertreter stimmte dafür.

In der Kommission sind eine Reihe weiterer Anträge eingegangen, vor allem ein Antrag der Konservativen, bei der Wiederherstellung des jetzt bestehenden Dreiklassenwahlsystems mit der indirekten Wahl wünscht.

In der Nachmittagsung der Kommission wurde über die Privilegierung der Wähler der einzelnen Klassen verhandelt. Die Regierungsvorlage verlangte in den §§ 8 bis 10, daß aus der zweiten in die erste Klasse kommen sollte, wer

1. seit zehn Jahren ein akademisches Examen abgelegt hat,
  2. Mitglied oder Landtagsabgeordneter ist, oder 10 Jahre vor
  3. Mitglied des Provinzial-, Bezirks- usw. Ausschusses ist, oder zehn Jahre war,
  4. zehn Jahre Offizier war.
- Aus der dritten in die zweite Klasse sollen aufrücken: Gemeinde- und Ortsvorsteher, Beigeordnete, Einbürger-Freiwilige und Militär-anwärter. Hierzu stellen die Nationalliberalen den Antrag, daß die zehnjährige Frist überall gestrichen werden soll, und die Regierungsvorlage, abgesehen von dem akademischen Examen, das bestehen bleiben müsse als Merkmal der Bildung, erlosch werden soll durch die Bestimmung, daß in die erste Klasse aufrücken sollen:

1. Die gewählten Mitglieder eines staatlichen oder kommunalen oder öffentlich-rechtlichen beruflichen Vertretungsgremiums,
2. diejenigen, die länger als 12 Jahre einen und denselben Beruf ausgeübt haben, und
3. die mehr als 12 Jahre in einem und demselben privaten oder öffentlichen Dienstverhältnis gestanden haben.

Die Freikonservativen wollten in dem nationalliberalen Antrag nur die „höheren“ kommunalen Vertretungskörper berücksichtigt wissen, und endlich verlangten die Konservativen, dieses Aufsteigen in die erste Klasse auch für aktive

Mitglieder der Handels-, Landwirtschafts-, Handwerks- und Kammern und für diejenigen, die ein solches Amt schon 10 Jahre innehaben.

Aus der dritten in die zweite Klasse wünschen die Konservativen versteht:

Kreisdeputierte, Kreis- und Stadtratsmitglieder, Bürgermeister, Amtmänner, Amts-, Gemeinde- und Ortsvorsteher, Beigeordnete oder Stellvertreter dieser Beamten, ferner Obermeister der Innungen, Waisenräte, Stenographen und Vorsteher von öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden.

Wer schon zehn Jahre ein vorstehendes Amt bekleidet hat, soll auch eine Klasse aufrücken.

Die Diskussion über diese Anträge füllte die ganze Sitzung aus. Die antragstellenden Parteien wiesen sich gegenseitig die Unausführbarkeit der gestellten Anträge nach. Von dem sozialdemokratischen Redner wurde die Unmöglichkeit der politisch arbeitenden Parteien verspottet, das Unzulängliche und Ungerechte der Privilegierung im einzelnen scharf hervorgehoben und verurteilt. Die Regierung operierte mit falschen, teils aus der Luft gegriffenen Zahlen; so behauptete ein Regierungsvertreter, daß in Berlin höchstens 3000 Militär-anwärter vorhanden seien. Es ist ein sonderbarer Zustand, daß die Regierung zur Beratung ihrer Vorlage nicht einmal einwandfreie oder tatsächliche Unterlagen besitzt. Noch toller war die Bemerkung des Ministers des Innern, daß nicht das Interesse des Volkes, sondern das Interesse des Staates maßgebend sei für die Zusammensetzung der Volksvertretung.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Anträge der Parteien und der Regierungsvorlage. Letztere wurde einstimmig abgelehnt.

Vorläufig ist also aus allen „Erhebungen“, sowohl aus der von der Regierung vorgelegenen, als aus den von den Parteien beantragten nichts geworden. Doch wird man die weiteren Erhebungen abwarten müssen, ehe sich bestimmte Schlüsse ziehen lassen. Vorläufig ist die Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt. Darauf kann Herr Weltmann und sein Diener Göttenhahn stolz sein.

### Berlin gegen die Wahlrechtsvorlage.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat gestern Abend den Antrag Cassel einstimmig angenommen, den Magistrat zu ersuchen, in einer an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition für eine entsprechende Aenderung der Wahlrechtsvorlage einzutreten.

### Verschiedene Protestation.

Die von den Vertretern der Wissenschaft und Kunst, der Industrie und des Handels in Aussicht genommene Protestversammlung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage ist auf Sonntag, den 27. Februar, verschoben worden. Die Protestversammlung soll im Zirkus Schumann stattfinden.

### Der Staatsanwalt an der Arbeit.

Der Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Genosse Meyer, erhielt eine Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam und Anreizung zum Klassenhass. Diese Straftaten erblickt die Staatsanwaltschaft in dem konfiszurten Wahlrechtsartikel.

### Politische Uebersicht.

Regelung der Beamten-Beihilfen. Dem Abgeordnetenhaus ist jetzt der Entwurf über die Beihilfen der Staatsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht folgende Sätze vor. An Tagesgeldern sollen erhalten:

1. Aktive Staatsminister 35 Mark, 2. Beamte der ersten Rangklasse 28 Mark, 3. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse 22 Mark, 4. Beamte der vierten und fünften Rangklasse 15 Mark, 5. Beamte, die nicht zu diesen Kategorien gehören, soweit sie bisher zu diesem Satze berechtigt waren, 12 Mark, 6. Subalternbeamte 8 Mark, 7. andere Beamte, soweit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren, 6 Mark, 8. im übrigen 4 Mark.

Wird die Dienststelle an demselben Tage angetreten und beendet, so werden ermäßigte Tagesgelde gewährt, und zwar für die Kategorie 1. 23 Mark, für 2. 18 Mark, für 3. 14 Mark, für 4. 10 Mark, für 5. 8 Mark, für 6. 6 Mark, für 7. 4,50 Mark und für 8. 3 Mark.

Staatlich angestellte Beamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnorts bei einer Behörde beschäftigt werden, sollen neben der Bezahlung die angegebenen Tagesgelde erhalten; bei längerer Beschäftigung bestimmt die vorgesetzte Behörde die Höhe der Tagesgelde. Bei Dienststellen erhalten an Fahrtkosten für den Kilometer einschließlich der Kosten für Gepäckbeförderung für Eisenbahn- und Schiffsfahrt die unter Nr. 1 bis 4 genannten Beamten 9 Pfennig, wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 7 Pfennig, die unter 5 und 6 angeführten Beamten 7 Pfennig, wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 5 Pfennig, die übrigen 5 Pfennig.

Für Fahrwerkskosten werden bezahlt pro Kilometer 60 Pfennig für die Beamten unter 1 bis 4, 40 Pfennig für die Beamten unter 5 bis 6, 30 Pfennig für die übrigen Beamten. Für Uebernachtungsstellen werden außerdem an Tagesgeldern gezahlt 1,50 Mark, 1 Mark und 50 Pfennig nach derselben Stufenabstufung. Haben die Beamten unter 1 bis 4 einen Diener mitgeführt, so erhalten sie für ihn pro Kilometer 5 Pfennig. Bei gemeinsamen Reisen in Fuhrwerk erhält der einzelne Beamte für den Kilometer 30 Pfennig.

Die Fahrkosten werden für Hin- und Rückreise besonders berechnet. Für Geschäfte am Wohnort werden den Beamten keine Tagesgelde gezahlt, auch dann nicht, wenn die Geschäfte im Umkreise von zwei Kilometern vom Wohnort vorgenommen werden. Beamten, die für ihre Dienstfreien Parteibezüge erhalten, werden Tagesgelde und Fahrkosten nur gewährt, wenn die Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbereichs erledigen. Für längere reisende Beamte kann die vorgesetzte Behörde Parteibezüge festsetzen. Beamte im Vorbereitungsdienst erhalten Tagesgelde und Reisekosten nur dann gewährt, wenn sie die Reisen nicht lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung unternehmen.

Die Bestimmungen sollen mit dem 1. April 1910 in Kraft treten. Bei den Diäten der oberen Klassen läßt sich schon leben!

Der Arbeitsdien des Reichstages. Der Senatspräsident hat heute abends über die Einteilung der Geschäfte des Reichstages vor dem Reichstag berichtet. Es bleiben dem Reichstag 17 Tage für die zweite Beratung des Gesetzes. Vorgesehen sind vier Sachverständigenkommissionen, die für die ersten vier Tage der Beratungen in vier Klassen. Die Sitzungstagen Laue werden in der ersten Klasse des Reichstages. Es ist aber möglich, daß in der zweiten Klasse der sozialdemokratische Interpellation über die Aenderungen des Reichstages im preussischen Abgeordneten-

haus gegen das Reichstagswahlrecht auf die Tagesordnung kommen wird. Für das Reichstagswahlrecht, dessen Etat am Freitag zur Beratung kommen soll, sind fünf Tage vorgesehen. Die Zahl der Beratungen ist beschränkt worden, weil jetzt die sozialpolitischen Gesetze, Arbeitsamergesetz, Hausarbeitsgesetz, Gewerbenovelle, einen Teil des Beratungstoffes für das Reichstagswahlrecht fortnehmen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß das Reichstagswahlrechtsgesetz noch eingebracht werden würde und daß darum beim Reichstag des Innern über diese Materie eine Debatte nicht stattfinden werde. Ferner ist das Kontokorrent auf die Tagesordnung zu setzen, sobald die Zeit im allgemeinen knapp bemessen ist und event. Abendstunden vorgenommen werden.

Bei dieser umfangreichen Geschäftstätigkeit wurde die Notwendigkeit eines Erlasses für den kranken ersten Präsidenten besprochen und genehmigt, daß die Konferenzen für ihren erkrankten Präsidenten einen Ersatzpräsidenten wählen sollen. Wenn die Arbeiten der Subjekt-Kommission erfolgreicher sind, dann wird nach dem Reichstag des Innern über die Arbeit der Marine beraten, dann der Etat des Reichstages und Anknüpfung der Arbeit; ferner die Post- und Reichsdruckerei und dann werden die weiteren kleinen Etats folgen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich Mittwoch mit der Nachprüfung der Wahl in München-Land. Die vorgenommenen Erhebungen ergaben in den meisten Fällen die Bestätigung der im Wahlprotokoll enthaltenen unrichtigen Vorzeichen. Hauptächlich sind die gezielten Bestimmungen über die Geheimhaltung der Stimmaabe in mehreren Orten nicht innewirkend worden. In einzelnen Orten haben die Wähler den Isoleräum nicht betreten, oder der Isoleräum war ungenügend. Ferner haben in mehreren Wahllokalen resp. Isolierräumen Stimmzettel für den konservativen Kandidaten ausgelegt. Die Kommission mußte daher in diesen Orten den Wahlakt kassieren resp. die für den konservativen Kandidaten abgegebenen Stimmen von dessen Stimmzahl abziehen. Die Berechnung ergab aber, daß der konservative Abgeordnete Anstalt nach nicht mehr die absolute Mehrheit der Stimmen besitzt. Die Kommission erklärte daher die Wahl Anstalt mit 8 gegen 5 Stimmen für unglücklich.

Im Wahlkreis Mühlhausen-Yungenbala hatte bekanntlich 1907 der zweimal gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Gichoff die Wahl abgelehnt. In der Wahlwahl war dann der konservative Arnstahl gewählt worden. Das Stimmverhältnis war in der Hauptwahl folgendes: Reichspartei 1054, Freisinn 6117, Sozialdemokratische Partei 6016 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt der Freisinnige 14.112, der Reichsparteier 11.118 Stimmen. Bei der Stichwahl am 1. März 1907 erhielten: Konservativer 11.909, Freisinn 5990, Sozialdemokratische Partei 5910 Stimmen. Arnstahl war somit im ersten Wahlgange gewählt.

Am Donnerstag erklärte die Wahlprüfungskommission die Wahl des Abg. Meyer (Zentrum) Wahlkreis Pflanzhof, Bayern, für unglücklich. Entscheidend war, daß Stimmzettel in einem Wahllokal ausgelegt waren, so daß der Wahlakt kassiert werden mußte.

Dann wurde die Wahl Belg (Noll.) Saarbrücken nachgeprüft. Die Kommission beschloß nach längerer Beratung mit 7 gegen 6 Stimmen, daß die Beeinflussung durch den „Vergannensfreund“ in Saarbrücken als eine amtliche Beeinflussung aufzufassen ist. Ferner wurde amtliche Beeinflussung angenommen, weil der Eisenbahnpräsident in Saarbrücken eine Rede an die Beamten zu Gunsten des Kandidaten Hols gehalten hat. In Hilsbach hatte der Bürgermeister nach Abschluß der Wahl diese Liste fertiggestellt, nach der korrigierten Liste eine neue aufstellen und nach dieser die Wahl vollaufen lassen. Infolge dessen beschloß die Kommission, den Wahlakt zu kassieren. Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl wurde ausgesetzt, bis die Referenten die Berechnung beendet haben.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte am Donnerstag weiter über die Marinerverwaltung. Dem Verlangen, in der Reichs-Marine-Verwaltung Angelegenheiten trotz Freienspruch der Angelegenheiten durch das Schlichteramt gegen die in Frage kommenden Beamten eine Disziplinarrückwirkung einzuleiten, wird Folge gegeben werden. Ob sie einen Erfolg haben wird, ist dem Staatssekretär ungewiß. Er erklärte, daß er gern bereit sei, die Schuldigen zu bestrafen, wenn er einen Schuldigen hätte.

Aus dem Protokoll wurde dem Staatssekretär nachgewiesen, daß im vorangehenden Jahre ein Vertreter des Reichsmarineamtes in der Budgetkommission zugegen habe, daß die Unterklasse anginge, obgleich Genosse Severing mitteilte, daß in der vorangehenden Nacht vier Revisionsfälle im Reich vor fünfundsiebzig Mark beantragt worden seien.

Aus dem sachlichen Landtage. Donnerstag standen im sachlichen Landtage die Anträge auf Reform resp. Abschaffung der 1. Kammer vor seitens der Nationalliberalen, Freisinn-

igen und Sozialdemokraten zur Beratung. Unser Antrag zur Abschaffung der ersten Kammer wurde von den Genossen Lehner und Nie m vertreten. Für die Nationalliberalen sprach Heitzer, für die Freisinnigen Günther. Der Minister Fichtum v. Cassel gab nur eine kurze Erklärung der Regierung ab, daß er aus den Anträgen der Nationalliberalen und Freisinnigen nicht recht entnehmen könne, wie weit ihre Forderungen gingen, und daß er sich natürlich nicht abliegend gegen die sozialdemokratischen Anträge verhalte. Die Aeußerungen des Regierungsvertreters waren wenig ermutigend für die Nationalliberalen und Langhammer brachte das ziemlich scharfe Urteil zum Ausdruck. Die Konservativen sprachen sich ebenfalls wenig ermutigend für den nationalliberalen Antrag aus. Im weiteren Verlaufe der Debatte nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen außerordentlich scharfe Formen an. Die Nationalliberalen proklamierten eine scharfe Kampfanlage gegen die Regierung, die sich auf die den Wünschen der Industriellen nicht genügt setze, trotzdem sie Mittwoch Abend zum ersten Male an einer Befestigung des industriellen Verbandes, nämlich an einem Festessen, teilgenommen habe, während sie früher nur bei agrarischen Vereinskongressen zu finden gewesen sei.

Schließlich wurden die ganzen Anträge, sowohl der nationalliberalen, wie auch der sozialdemokratischen und freisinnigen, der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Lehrer dürften sich nicht bei Sozialdemokraten bedanken. Der Regierungspräsident zu Potsdam hat unter dem 30. Januar an die Kreislichinspektoren eine für die Lehrer bestimmte Verfügung erlassen, in der es heißt:

Wenn es auch zu verstehen ist, daß die Regelung der Gehaltsfragen eine lebhafter Anteilnahme beanfpruchte, so kann es nicht die Billigung außerhalb der Lehrerschaft herbeiführen, wenn die Berechnung höherer Gehaltsätze die Mittelhilfe solcher Gemeindevorsteher erbeten und angefordert wurde, deren politische Stellung zu den erzieherischen und staatlichen Grundfragen, wie sie ein Lehrer zu vertreten hat, in direktem Gegensatz steht. Auch ist hier und da den Gemeindevorstehern die abweichend von der Mehrheit für höhere Ortzulagen gestimmt haben, der besondere Dank von Lehrern an einer ausgesprochen worden. Das ist namentlich in einer Gemeinde vorzukommen, in welcher eine sozialdemokratische Wählervereiung für höhere Gehälter gestimmt hat, als sie von der Gemeindevorstellung genehmigt wurden. Dem Antezehen und der Würde der Lehrerschaft kann mit einem derartigen Verhalten nicht gebührend Rechnung getragen werden. Es entscheidet sich, wenn die auf Erhöhung der Gehaltsätze zielenden Vorschläge in der Beschlusstelle der Gemeindevorstellung unterbreitet werden und zu einer abschließenden Entscheidung der Haltung der Gemeindevorstellung geführt haben.

Wieder der Gottesdienstparagraf. Vor dem Präfekten in Wiesbaden stand Termin an gegen den Prädikanten Kellner der freiwilligen Gemeinde wegen Gottesdienstparagraf. Beschuldigung von Einrichtungen der katholischen Kirche, Beschuldigung des katholischen Pfarrers Dienbach und eines bürgerlichen Desamminus. Welter hat, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, ein Semester Theologie, vier Semester Medizin und fünf Semester Jura studiert und war zwei Jahre lang Beamter an Statistisches Amt in Berlin.

Das Gericht beschloß, die Gemeindevorsteher bis auf einen abzulehnen und Professor Parnack-Berlin als Sachverständigen zu befragen, der sich darüber äußern soll, ob der von Welter in seinen Schriften angeführte Ton der historisch-literarischen Beobachtung entspricht, die in solchen religiösen Streitschriften üblich sei.

Der Kampf um die Eberfelder Stadthalle. Die Eberfelder Stadtverordnetenversammlung hat am Dienstag nachmittags zu entscheiden über die Frage, ob der sozialdemokratischen Partei die Stadthalle zu Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll, da der Oberbürgermeister Einspruch gegen den ersten, die Frage bejahend zu Beschluß erhoben hatte. Mir allen gegen fünf Stimmen — hielt die Stadtverordnetenversammlung ihren ersten Beschluß aufrecht. Nun soll die Entscheidung des Verwaltungsgerichts herbeigeführt werden. Der Oberbürgermeister berief sich auf den Fall Krummer in Kolberg, in dem das Obergericht schon entschieden habe. Es wurde ihm von mehreren Genossen Lab's erwidert, daß in dem Kolberger Fall es sich um ein Disziplinarrückwirken handelte, der Fall schon alt sei und sich in Bayern angebracht habe; er könne nicht als maßgebend für den Eberfelder Fall erachtet werden.

Die Maßstener in Bayern. Der bayerische Landtag beschäftigte sich heute mit dem neuen Maßstenergesetz. Am Dienstag wurde beschlossen, den Deklarationszwang einzuführen. Danach ist jede Brauerei verpflichtet, den Ertragszettel des Bieres öffentlich anzugeben und an den Schenkstätten anzuhängen. Die genauesten Befehle dieser Bestimmungen sind abzugeben. Ermittelt eine Kontrolluntersuchung der Steuerbehörde, daß das Bier dünner ist, als die Brauerei angegeben hat, so ist die Steuerbehörde beim Namen der Brauerei und die Ladung der Verurteilung des Bieres in den Tageszeitungen zu veröffentlichen.

## Ein Berrücker.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Riederer.

[Nachdruck verboten.]  
Poitens Leiche war inzwischen in das geräumige Schlafzimmer der Wittwe herabgetragen und auf das Bett gelegt worden. Hans und Kathi hielten wimmernd vor dem Toten, während der Benefiziat Bede abzunehmt und Göpfer mit dem Bier an der vertiegelten Türe stand. Sie hatten Mühe gehabt, die aufgeregte Menge zurückzuhalten. Jetzt drang das wilde Geschrei der Verurteilten schmerzhaft in die stille Stube herein. Hier malte sich der jämmerliche Anblick einer toten Sünderin in die Stube des Todes auf allen Gesichtern. Der Förster schaute starr zu den flackernden Wackelzügen herab, die in glühenden Besessenen auf der braunen Kammerde um ein hölzernes Kreuzgeißel runden und kreimelnder kletterte dem Geißeligen das Abes Maria nach, wobei er ein gar lässliches Gesicht machte. Er war wirklich gar tief betrübt, der aufmerksamste Gastgeber, denn nach dem ersten, penitenten Schreden hatte er sich wieder so weit erholt, daß er überlegen konnte, welche bedeutende Genossin ihn durch den Tod des Brotdarers entgegen umfalte. Jetzt schanden, da die Feier doch wohl oder übel abgetrocknet werden mußte, ganz höher fünf Gestalten hier weniger gerufen, von Wein und Schnaps garricht zu reden. Das war ein hoher Verlust und nur in der einzigen Hoffnung konnte er noch Kraft finden, daß der Herr Förster sich nicht umgeben lassen und eine opulente Tafelfeier abhalten werde. Denn hätte man wenigstens wieder an einen gewissen Ausgleich denken.

„Amen“, wisperte anerkennend der Wirt und bröckte sich um, weil man heute an der Türe gepöckelt hatte.  
„Der ist denn da?“ fragte er ganz leise.  
„Schön“, der Förster.  
Kreimelnder öffnete und wies die Nachbarnenden geistig zurück.  
Gott ging an ihm vorüber und handfuch mit großen Schritten die Stube. Sein Gesicht war so gelb wie das der Toie und seine schlaftrübenden Haare hingen ihm weit in die Stirne herein. Der aufgeregteste Gehrock schickte ihm die große Schale und durch das offene Fensterrand handfuchte die Luft herein.

Die letzten Schritte des Herangehenden lösten den Geistlichen in seiner Kehle. Er sah sich ögriß um und wollte Straße gehen. Doch der Lehrer ging durch, auf ihn zu und sah ihm tief in die Augen:  
„Gehst du“, fragte er.  
„Amen“, fragte er. „Der Tod hat mich bei uns gelassen. Draus bist du noch einmal bei der Leiche da, vor der wir sitzen, haben Sie Mühe mit der Seele!“

Hans und Kathi hörten zu weinen auf, Göpfer aber schaute verwundert den Sprechenden an, der ihm schon beim Eintritt durch sein Weiden sonderbar aufblickt.  
„Schönen Sie sich“, sagte der Geistliche leise und unwillig. „Hier vor dem Toten, zu einer solchen Stunde sangen Sie wieder den Stambul an.“  
„Ich sang kein Stambul an, aber gerab' hier vor dem Tode will ich Sie zum letztenmal bitten, weil ich hoff', daß Sie an einer solchen Stelle noch am ehesten 'n Funken von Barmherzigkeit spritzen.“  
Kreimelnder bewegte sich der Priester:  
„Weren Sie hier, das ist angezeigter.“  
„Hans“, sagte der Lehrer, indem er den Jungen beim Arm ergriß, „geh du her und bring' Herrn Benefiziaten, bei dem wir einen Bauer um Gnade für sein' unglücklichen Lehrer!“  
Hansl versank nicht, was hier vorging, aber er hob lebend die Hände auf und sang laut zu schluchzen an.  
Der Priester wandte sich endlich ab und ging erregt durch das Zimmer.  
„Können Sie jetzt nicht aufhören mit Ihrer dummen Geschicht“, fragte er müde.  
Gott ging ihm nach:  
„Mit meiner dummen Geschichte“, rief er, „das ist meine Zukunft, Gehwürden, von der Sie jetzt so verächtlich reden.“  
Kathl schaute den Förster nicht länger:  
„Sie“, sagte er roh zu Gott, „Sie, hab'n Sie Ios G'föh und Ios Moral, daß Sie vor einer Leiche so 'n Spektakel machen?“  
Der Lehrer hob ihn beiseite und drängte sich an den Priester:  
„Ich war gestern in Mariaschen“, sagte er, „dort hab ich erfahren, daß ich meine Ankündigung hab.“  
„Sie haben eine Ankündigung?“  
„Nein!“ Der Priester hat mir's selbst g'sagt.“ Einen Augenblick war der Geistliche völlig sprachlos. Aber er sammelte sich schnell wieder und sagte bestimmt:  
„Die Regierung wird sich bestimmen, Leute wie Sie anzustellen! Nach dem, was sie erfahren wird, welche Schandlosigkeiten Sie begangen haben.“  
„Sie und Ihre hässliche Seele“, rief Göpfer und nickte beifällig.  
Gott wollte auf den Förster zugehen, aber hielt sich noch einmal zurück und redete den Geistlichen an:  
„Können Sie mir's also angezeigter?“ Können er.  
„Können Sie mir's angezeigter, was Sie wollen. Und jetzt verlassen Sie sofort das Zimmer, damit die Ruhe des Toten nicht mehr gestört wird.“  
„Kannst du“, Hans!“ rief Göpfer und kaskte Gott beim Arm.  
Mit einem letzten Satze emstlich sah der Lehrer hinter sich

rührung und führte in eine Ecke des Zimmers. Dort zog er das Goldstück aus der Tasche und schleuberte es dem Förster vor die Füße.  
„Da haben Sie Ihr Krimgeld wieder“, sagte er, „Stelender Hund!“  
Göpfer wollte aufstehen, blickte aber wie gebannt stehen, als er den Lehrer mit geballten Fäusten auf den Geistlichen losgehen sah.  
„Wenn Sie mich gemeldet haben, Göpferwürden, dann nehmen Sie's zurück, ich rat's Ihnen!“  
Diese Worte des Rasenden zogen wie ein lähmendes Schreden über die Anwesenden hinweg. Selbst der Priester befiel schwer seine Fassung.  
„Sie drohen mir mit Gewalttätigkeiten“, rief er bebend, „weil ich ein unsittliches Verhalten in meiner Gemeinde nicht straflos hingehen lassen will?“  
Kathl schaute den Förster an und sagte:  
„So? Das ist der Grund? Ha, so ha! Sie dulden kein unsittliches Verhalten, und einem andern Madel Ihrer Gemeinde, das jede Nacht mit dem Barfuchen g'schlafen hat, begeben Sie den geistlichen Segen!“  
„Was soll das heißen?“  
„Oh, Sie wissen gut, was ich mein. Sie haben heute die Kathi in allen Ehren getraut, trotzdem sie mit dem Lehrer Lorrumghart hat, während der da, der heute tot auf dem Bett liegt, hierbestraut gewesen ist!“  
Wie ein Blitzstrahl fuhr es in die Anwesenden. Kreimelnder schlug die Hände zusammen, Kathi stieß ein jämmerliches Geschrei aus und streckte ihre beiden Arme gegen den Förster hin, der auf sie los fuhr, als hätte ihm ein wildes Tier gebissen.  
„Kathl“, sagte er außer sich, „das was wahr, was der Herr da sagt? Red, oder ich Schlag dich nieder.“  
Er hob die Faust gegen seine Frau, sie warf sich heulend zu Boden und verbarg ihr Gesicht. Stills fiel ihm der Geistliche in den Arm:  
„Hassen Sie sich! Kommen Sie jetzt mit mir, ich will mit Ihnen sprechen, ich...“  
„Sie bleiben hier“, unterdrückte ihn der Lehrer, der ihm auf den Heren folgte. „Sie bleiben hier, denn ich rechne noch ab mit Ihnen.“  
Er verscherte dem Priester den Weg und packte ihn beim Arme. Knappend schlugen seine Fäuste zusammen und wackelte er die Augen auf:  
„Neumen Sie die Klagechrift zurück, die Sie nach Mariaschen g'schrieben haben?“  
„Der sagt Ihnen, daß ich g'schrieben habe?“  
„Ich sag's Ihnen“, schrie der Lehrer und schwang das Dokument in der Luft herum.

(fortsetzung folgt.)

Der baltische Bauarbeiterverband... Die Arbeitssituation... Die Arbeiterbewegung...

Der erstarrte Staatsbreiter... Die Arbeitssituation... Die Arbeiterbewegung...

Was für Stauffgäster das Reich macht... Die Arbeitssituation... Die Arbeiterbewegung...

Nationalliberales Selbstum... Die Arbeitssituation... Die Arbeiterbewegung...

Arrestierung eines inhaftierten Alexiers... Die Arbeitssituation... Die Arbeiterbewegung...

Ausland

Finland... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Der Sieg der Sozialdemokratie... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die Arbeiterbewegung... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Aus der belgischen Kammer... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

In manchen dieser Städte... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die parlamentarische Lage in England... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Partei-Angelegenheiten

Genosse Seine stellt in einer Aufschrift... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

In den Stadtverordnetenwahlen... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Arbeiterbewegung

Die bürgerliche Presse sagt den Bergarbeiter-Ausstand... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Wie wir durch eine Anfrage... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Der Verband der Arbeiter... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die Generalversammlung... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

11. Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands

(Wegen Raummangels zurückgeblieben.) Leipzig, 8. Februar.

Schluss des 2. Verhandlungstages... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die Verhandlungen werden dann verlagert... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Leipzig, 9. Februar.

8. Verhandlungstag... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die Verschmelzung mit den Maurern... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

das leitende Motiv... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Uhrke-Wagelburg stellt den Geschäftsordnungsantrag... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Immer-Dresden... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Es folgt eine Geschäftsordnungs-Debatte... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Der Vorsitzende schlägt vor... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Der Verbandstag stimmt dann einer Anregung... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Einmütig wird beschlossen... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die eigentlichen Arbeiten des Verbandstages... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Gingefandt

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir die... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Schulente denkt an eure Frau und Kinder!... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Was um hat wohl der Polizeipräsident... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Wir geben dieser Aufschrift gern Raum... Die Ergebnisse der Landtagswahlen... Die Arbeiterbewegung...

Die schlimmsten Feinde des Volkes... sind die prechtlichen Junker... Jeder Arbeiter, der das erkannt hat...



Sozialdemokrat

Ist nicht jeder, der hinter dem Bierisch über die schlechten Zeiten räsonniert und sich damit begnügt, eine Faust im Sack zu machen. Damit ist gar nichts getan! Bessere Verhältnisse können nur durch planmäßige Vorwärtsbewegung der Massen geschaffen werden!

„Volkswacht“!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Februar.

Geschichtskalender. 19. Februar.

- 1473 Nikolaus Copernicus, der Begründer der modernen Astronomie in Thorn.
1865 Der schwedische Reisende Sven von Hedin in Tibet.
1887 Der niederländische Dichter Eduard Douwes Dekker (Multatuli) in Nieder-Ingelheim.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Unter der Geschäftsführung des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Justizrat Peuker, erledigte die Stadtvorordneten-Versammlung am Donnerstag Nachmittag eine ganze Anzahl schleuniger Vorlagen, fasste aber nur eine der Steuerordnungen an, die das Bild des nächsten Haushaltsplanes entscheidend beeinflussen sollen.

Sozialdemokratischen Neben Schütz das Wort abgelehnt. Die Steuerordnung wanderte wieder an den Ausschuss und nur noch ein heiteres Geplänkel bestehend aus „persönlichen Bemerkungen“ des Herrn Dertel und Finger blieb als leichtes Wellengekläuter zurück.

Eine längere Debatte entspann sich nur noch bei der Vorlage betreffend Abgabe von 400.000 Kilowattstunden Elektrizität zu Kraftzwecken an die Firma Gebr. Gutsmann nach Preise von 9 1/2 Pf. pro Stunde.

Vor dem Beginn der Beratungen widmete der stellvertretende Vorsitzende dem verstorbenen Stadtrat und früheren Stadtvorordneten Friedenthal einen warmen Nachruf und feierte ihn als einen fleißigen Kollegen, der in der Versammlung keinen Feind hatte.

Die Beratung des sozialdemokratischen Antrages betr. Petition an das Abgeordnetenhaus mit der Bitte um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage steht auf der Tagesordnung der Sitzung am nächsten Donnerstag.

Bei der Debatte über die Konzeptionssteuer beantragt Stadtvorordneter Jeron Ablehnung der Vorlage im Namen des Ausschusses. Hiergegen wandte sich mit großer Entschiedenheit zunächst Herr Matthes.

Der Widerstand gegen die Konzeptionssteuer ist ungerichtet. In kleinen Städten und auf dem Lande können die Gastwirte diese Steuer tragen, und in Breslau soll das nicht möglich sein. Auch die Lage der Hausbesitzer sei so auffallend schwierig geschildert worden, daß man absehen müsse, die Herren seien alle am Hungertuche.

Stadtv. Dettlinger (lib.) beantragt Verweisung der Vorlage zur zweiten Lesung an den Ausschuss.

Stadtv. Weide (konf.) wendet sich unter Widerspruch der Versammlung zunächst gegen eine nochmalige Ausschussberatung. Zur Sache selbst bemerkt er, daß man den Anschein erwecken wolle, daß durch diese Vorlage dem notleidenden Gastwirtsstand zu helfen. Aber der Adel hat sei zu groß, um gesund zu werden.

Überbürgermeister Bender: Die Gastwirte sollen gar nicht besteuert werden. Die Konzeptionssteuer schafft den selben Gastwirten eine unlaute Konkurrenz vom Halbe. Die Wirte sollten froh sein, daß es den Ungelernten erschwert würde, eine Gastwirtschaft zu eröffnen.

Eine weitere Debatte zeitigt die Vorlage betreffend Abschluß eines Vertrages mit den Maschinenfabriken vormals Gebr. Gutsmann und Breslauer Metallgesellschaft u. s. w. wegen Lieferung von Strom aus den städtischen Elektrizitätswerken.

Stadtvorordneter Finger (konf.) erwidert in der Vorlage und in dem Ausschussantrag keinen vorteilhaften Abschluß für die Stadt. Er rechnet aus, daß auf Grund der Etatsangaben der Stadt die Herstellung von Strom im Durchschnitt etwa 13 Pfennig pro Kilowattstunde koste.

Stadtvorordneter Wohlschläger (lib.) ersucht um Annahme der Vorlage, während Stadtvorordneter Gärtner II die Berechnung des Stadtbaurats Witz bezweifelt und ebenfalls für Ablehnung der Vorlage plädiert.

Debatte werden noch folgende Vorlagen erledigt: Die Erhebung von Eintrittsgeld von den Besuchern des Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Turmes wird dem Breslauer Verschönerungsverein gestiftet unter der Bedingung, daß er auch alle Unkosten für Bewachung, Unterhaltung usw. des Turmes trägt.

In den Wagen der städtischen Straßenbahn sollen Geschäftsanzeigen in den hierfür vorgesehenen Plätzen in der Höhe von 150 Millimetern an den oberen Rändern der Seitenfenster angebracht werden dürfen. Das Recht hierzu soll an den Breslauer Klameverlag Selma Danziger für jährlich 3410,52 Mark, freigegeben nach Maßgabe der besonderen Bedingungen im Verhältnis der Vermehrung des Wagenparkes auf 5 Jahre vermielet werden.

Um bei dem milden Wetter die Arbeitsgelegenheit bei der Gartenverwaltung aufrecht zu erhalten, ließ der Magistrat schon jetzt Erd- und Wegearbeiten im Anschlagsbetrage von 4800 Mark vornehmen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der schnellste Fernzug der Welt Die nordamerikanische Pennsylvania-Bahn läßt, dem „Weltcourier“ zufolge, seit dem 3. November 1909 täglich einen Zug von New York nach St. Louis und einen von St. Louis nach New York laufen, die den Anspruch erheben, die schnellsten Züge der Welt über weite Strecken zu sein.

Ein altbabylonisches Liebesbrieftext teilt Prof. Friedrich Delitzsch von der Berliner Universität in seiner neuesten, soeben bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienenen Schrift „Handel und Wandel in Babylonien“ mit. Der Brief findet sich auf einem aus Sippur stammenden, allerlieblich geschriebenen Tontafelchen und lautet: „An meine Bibi Simi-Marduk“.

Aus aller Welt.

Das erste Verbot im Luftraum. Dem Friedensrichter Morris D. Kammeloch in dem Städtchen Cedar Grove (New Jersey) gebührt der Ruhm, die Warnung „Abflug des Verteten des Grundstücks ist verboten!“ als erstes auf den Luftraum übertragen zu haben.

seinem Hause folgendes Verbot in Reihenlettern anbringen: „Allen Lokatoren hiermit zur Warnung: Das Ablegen über diesem Hause ist bei Gefängnisstrafe verboten.“

Der Mann mit dem Wurmgeruch. Aus London wird berichtet: Ein eigenartiger Krankheitsfall, der in dem Krankenhaus St. Luke in der Pirbright Road behandelt wird, beschäftigt auf höchst interessante Weise die englische Presse.

Vorsicht am Telephon. Durch zu schnelles und häufiges Treten der Kurbel am Fernsprecher erlitt ein Postgehilfe in Teutschenthal schwere Verletzungen, insbesondere eine bedeutende Verabwärtigung seines Hüftgelenks.

Die Eisenbahnreise der Bonner Korpsstudenten. Die gerichtliche Untersuchung wegen der Mänasseler Aufstachelung durch die Bonner Korpsstudenten bereitet, wie ein Telegramm aus Bonn meldet, große Schwierigkeiten.

wird die gerichtliche Untersuchung ergebnislos verlaufen. — So ungünstig haben wir uns die Sache gedacht.

Daher der Name Sparfamkeit. In einer Telegraphen-Fabrikverksammlung in Siegen teilte der Gewerkschaftssekretär Gies mit, daß dort an einer Verlegung eines Telephonkabels infolge eines Streiks fünf Arbeiter etwa 14 Tage arbeiteten.

Schiffbruch im Sagerral. Aus Simla an der Küste Südostindiens wird gemeldet: Der baltische Dampfer „Cambodia“, mit Kohlen und Holzladungen von Frederikshavn nach Südafrika, ist nachts bei Havn untergegangen.

Eine Statistik der Welthäfen hat die amerikanische Handelskammer veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß New York jetzt an der Spitze der Welthäfen im Linienschiffverkehr steht für den Auslandshandel steht. Im Jahre 1908 waren es 12.154.730 Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1898 eine Zunahme von 56,4 Prozent bedeutet.

Reichmanns Tod.

Der Reichmann ist, wie Seneca, Ein stummer Philosoph, Er wurde, ganz wie Seneca, Verurteilt an den Hof, Daß wolle er, wie Seneca, Die Staatsgeschäfte leide, Nun macht er auch, wie Seneca, Mit seiner Weisheit Reize. (Sie haben's wohl gesehen?) Er wird an seinem Manneswert Und seinem schlappen Weisheit.

ung erkannt und mit diesen Maßnahmen überhanden und bewilligt den Betrag.

Das städtische chemische Untersuchungsamt soll die Überwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen in den Stadt- und Landkreisen Breslau und Biele, sowie in den Kreisen Guben, Milchau, Kamslau, Neumarkt, Oslau, Steinau, Trebnitz, Grotzenberg und Wohlaun bis auf weiteres behalten und sein Zuständigkeitsgebiet um den Kreis Oels vergrößert werden. Stadtdirektor Müller wünscht, auf acht Jahre die Verträge mit den Gemeinden abzuschließen. Die Versammlung genehmigt die Magistratsvorlage.

Für den Bau eines Volksschulhauses auf dem Grundstück Brodaustraße 12/14 ist der Betrag von 290.000 Mark nötig. Die Versammlung beschließt die Annahme der Vorlage.

Damit ist die Tagesordnung für diesmal erschöpft.

### Polizei ist Polizei.

Ob sie nun in Breslau, Magdeburg oder Königsberg haust, Solange sie vom Gange preussischer Unkultur befeuert sind, ähneln sie sich im Osten wie im Westen. Das zeigen beinahe die letzten Polizeiberichte bei den Straßendemonstrationen. Die in Breslau so auffallend in die Erscheinung getretene Unhöflichkeit und brutale Ausdrucksweise mancher Polizisten wird auch von Magdeburg und Königsberg gemeldet. So berichtet unser Magdeburger Bruderblatt ein Referat:

Es ist bekannt, daß niemand der Demonstranten auf dem Wege durch die Wilhelmstraße in die innere Stadt hinein durfte, nur die vielen Hunderte von Schaulustigen, welche hinter der Schutzmannsreihe nach der Straßenseite zu standen, konnten diese Straße passieren, auch wurde durch die Schutzleute versucht, die Zuschauenden allmählich nach der Straßenseite abzuführen. Zunächst kommt in vollem Galopp ein Omnibus angefahren. Kaum hielt das Gefährt, als ihm etwa ein Dutzend Schutzleute, voran ein Kommissar, entpörrten. Ohne sich um den Sachlage zu orientieren, stürzten sich die Schutzleute auf die Passanten, welche nach der Stadt zu gingen und drängten die Leute nach der Wilhelmstraße hin. Erst als sie merkten, wie töricht und verkehrt ihr Vorgehen sei, machten sie sich schleunigst aus dem Staube. So rief ein Hüter des Gesetzes eine anständig gekleidete Dame derartig an den Arm, daß diese vor Schmerz laut aufschrie. Wenn es an dieser Stelle nicht zu Mutbergießen kam, so ist das einzig und allein der Besonnenheit des Publikums zu verdanken, denn das Verhalten der Schutzleute wirkte geradezu aufreizend. Ein junger Mann von etwa neunzehn Jahren versuchte auf dem Alten Markt zu gelangen und geriet dabei mit einem Schutzmann in Wortwechsel. Ehe es sich der junge Mann verfuhr, schlug ihn der Schutzmann derartig an den Kopf, daß Gut und Stock zur Erde fielen. Den Stock griff der Schutzmann auf und warf ihn wilden zwischen des Publikums. Neben mehreren anderen Beobachtern des Vorfalls trat auch ich hinzu und bat um die Nummer oder den Namen des Schutzmanns, jedoch verweigerte dieser die Auskunft. Ich lobte mich darauf an den in der Nähe stehenden Wachtmeister. Dieser sagte mir, ich solle den betreffenden Schutzmann selbst fragen, denn er kenne den Mann nicht. Als ich erwiderte, daß wie jede Auskunft verweigert sei, gab mir der Wachtmeister den Augen Rat, ich solle nach dem Polizeipräsidium gehen und dort fragen!

Da ist es ja einfach unmöglich, die Herren „Schutzmänner“ zur Rechtschaffenheit zu ziehen, oder kommt der Befehl, in einem solchen Falle wie hier, die Angaben zu verweigern, vom Polizeipräsidium?

Ich bin überzeugt, daß das Verhalten eines großen Teils der Schutzmannschaft manchem Bürger die Augen geöffnet hat, ich selbst hätte nie so etwas für möglich gehalten. Bei der nächsten Wahlrechtsdemonstration aber werden neben den Arbeitern hoffentlich auch Tausende von Bürgern sich das Recht auf die Straße erkämpfen.

### Unter der Ueberchrift: „Ich werde euch Bande schon!“

Ammer mehr Material über das Benehmen der Schutzleute auf dem Samariterweg am Sonntag wird uns unterbreitet. So wurde ein junger Mann von einem Schutzmann mit Füßen gestoßen. Der Mann antwortete dem Schutzmann: „Aber mein Herr, Sie haben mich doch nicht mit Füßen zu stoßen!“ Darauf packte ihn der Schutzmann am Arm, schüttelte ihn heftig und fragte ihn: „Wie heißt du?“ „Na, denn Herr Schutzmann!“ entgegnete der junge Mann, worauf der Schutzmann sich aufsetzend zu Boden gab und nur noch sagte: „Ich werd' euch Bande schon!“

Ein anderer junger Mann legte zu einer Frau, als die Besten mit geschwungenem Säbel auf die wehrlose Menge einwirkten: „Ich hab mich so erdreist, ich dachte, es passierte ein Wort.“ Da tauchte auch schon ein Schutzmann auf und sagte zu dem jungen Mann: „Ich werd' ihm da gleich Rote.“ Dann notierte er den Namen des jungen Mannes.

Eine Frau stand dicht am Mann, da sie wegen der dahinjagenden Schutzmannsreihe dringend anders Weilen konnte. Zunächst sprach ein herrischer Schutzmann zu ihr: „Wie heißt du?“ „Aber mein Herr, Sie haben mich doch nicht mit Füßen zu stoßen!“ Darauf packte ihn der Schutzmann am Arm, schüttelte ihn heftig und fragte ihn: „Wie heißt du?“ „Na, denn Herr Schutzmann!“ entgegnete der junge Mann, worauf der Schutzmann sich aufsetzend zu Boden gab und nur noch sagte: „Ich werd' euch Bande schon!“

So wurden mehrere Leute von beschissenen Schutzleuten behandelt.

Wer nicht einmal diese Majestäten werden von den Vorlesungen gerügt! Wie soll man da vor ihrer Achtung haben?

### Ein sensationeller Prozeß, der leicht politische Folgen nach sich ziehen kann, brille sich gestern vor der Breslauer Straßengericht.

Genosse Schäfer war festerst vom Schöffengericht in Waldenburg zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil in einem Artikel über die Typhusepidemie in Waldenburg sein Bericht über den Ausbruch der Epidemie nicht, nachgefragt worden war, er fürchte den Volkszorn und sei deshalb auf Urlaub gegangen. Genosse Schäfer hatte den Wahrheitsbeweis dafür angeboten, daß Müller wirklich der Schuldige an der Epidemie sei und auch Zutritt habe, sich vor der Bevölkerung zeigen zu lassen. Das Schöffengericht lehnte aber die Ladung sämtlicher Zeugen ab und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe, weil, ganz gleich, ob Müller der Schuldige an der Epidemie sei oder nicht, der wider ihn erhobene Vorwurf der Feigheit schwer beleidigend sei! Genosse Schäfer legte Berufung ein, zog diese aber später, aus Rücksicht auf die Waldenburger Justiz überhaupt, nicht zurück, nachdem die dortige Straßengericht, genau so wie das Schöffengericht, jede Ladung von Zeugen abgelehnt hatte!

In unserem Bericht über jene Schöffengerichts-Verhandlung über war gesagt, es sei ein unerhörtes Urteil gefällt worden und eine solche Behandlung und Verurteilung spreche jedem Rechtsempfinden Hohn. Das sollte nun eine Beleidigung des Waldenburger Schöffengerichts sein, weshalb Schiller jetzt vor der Breslauer Straßengericht stand. In der Anklage war besonders darauf hingewiesen, daß der Angeklagte ja selbst seine Berufung zurückgezogen und damit zugegeben habe, daß jene Auslassungen der „Volkswacht“ unbegründet seien.

In der Verhandlung wurde zunächst der inkompetente Artikel und hierauf das betreffende Waldenburger Gerichtsurteil verlesen, worauf Genosse Schäfer zur Sache erklärte, er sei gegen die Waldenburger Justiz von seinen Mitbürgern erlitten worden infolge mehrerer anderer Urteile, die dort gegen Redakteure gefällt worden sind. Das Schöffengericht habe ihm die Ladung sämtlicher Zeugen abgelehnt. In seinem Mißtrauen sei er noch bestärkt worden, als ebenso die Straßengericht jede Zeugenvernehmung ablehnte und so ohne Beweisaufnahme sich ihr Urteil bilden wollte. Zu dem allem sei ihm noch von vertrauenswürdigem Seite aus Waldenburg die Mitteilung ausgegangen, daß

der Vorsitzende der Waldenburger Straßengericht, Amtsrichter Krause, vor Jahren sich vom alten Fürsten Pieß 3000 Mark geliehen und diese nicht zurückgezahlt habe. Im Jahre 1907 sei ihm dann die Schuld vom gegenwärtigen Fürsten in Guben erlassen worden.

Er selbst glaube an die Richtigkeit dieser Mitteilung und habe um so weniger annehmen können, daß man in Waldenburg sein Recht finden könne. Aus all diesen Gründen habe er seine Berufung zurückgezogen.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Ausdrücke wie „empörend harte Strafe“, „altmitleidigen Rechtsempfindens“, „unerhörtes hartes Urteil“ und so weiter seien für den Vorsitzenden schwer beleidigend. Der Angeklagte wisse doch auch, daß der Vorsitzende das Urteil nicht allein gefaßt, sondern daß dabei zwei Schöffen (ein Grundbesitzer und ein Maurermeister) daran mitgewirkt haben. Vielleicht sei der Vorsitzende gar von den Schöffen überstimmt worden.

Rechtsanwalt Paudmann: Zweifelslos ist der Artikel in Waldenburg berechtigt in Kreisen geschrieben worden. Berichtswalter Müller hat gut daran getan, daß er sich nicht durch den Vorwurf beleidigt fühlte, der Urheber der Typhusepidemie zu sein, denn hier würde ihm keine grob-gehörliche Schuld nachgewiesen worden sein. Er mußte wissen, daß aus dem Schicksal, in dem Typhusdabe, Extremfälle und alte Kleidungsstücke verwerfen, eine Epidemie hervorbringen könne. Die Stimmung der Bevölkerung wider ihn war denn auch eine sehr gereizte. Herr Müller fühlte sich nur beleidigt durch den Vorwurf der Feigheit. Aber auch hier sollte durch Zeugen dargetan werden, daß Herr Müller Lüge vorgetragen hat, die auf eine gewisse Scheu vor der Veröffentlichung lauthen ließen. Ich selbst bin erkrankt gewesen, wie das Gericht jede Beweisaufnahme ablehnen konnte. Derartige ist mir noch nicht vorgekommen. Ich war vor dem Waldenburger Gericht als Verteidiger so machtlos, wie selten in meiner Praxis. Und dann dieses Urteil! Ist denn Herr Müller eine so inaffin Persönlichkeit, oder hat er nicht vielmehr etwas auf dem Kerkhof und hat er Hurst vor dem Herrn der Bevölkerung? Anzeln 300 Mark Strafe. Wenn gegen ein solches Urteil Ausdrücke wie „empörend harte Strafe“ gebraucht wurden, dann ist den Umständen nach der Angeklagte über das Maß einer berechtigten Kritik nicht hinausgegangen. Ich habe bereits mehrere harte Urteile von Waldenburger Gerichten kennen gelernt. Man verhängt dort gegen sozialdemokratische Redakteure Strafen, die von der sonstigen Praxis erheblich abweichen. Da hageln die abzurückenden Strafen nur so: 200, 300, 500 Mark Geldstrafe. Und Herr Krause als Vorsitzender der Kammer lehnte ebenso jede Beweisaufnahme ab. Wenn da der Angeklagte ganz zurecht nach Mittelung erhielt von einem Rechtsgeschäft, wonach der Vorsitzende der Kammer in Beziehungen zum Fürsten Pieß steht, dann ist die Zurückziehung der Berufung erklärlich.

Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

Zwar habe sich der Angeklagte in Waldenburg berechtigter Interessen befunden, doch sei er dabei über die sachliche Grenze hinausgegangen. Bei der Strafzumessung sei berücksichtigt worden, daß sich der Angeklagte in einer berechtigten Erregung befunden habe über die Ablehnung aller Zeugen, die bloß im Privatklage-Verfahren möglich ist. In einem öffentlichen Verfahren hätten die Zeugen vernommen werden müssen, da ihre Aussagen mindestens für das Strafmaß von Bedeutung sein konnten. Unter diesen Umständen seien 100 Mark Geldstrafe für angemessen erachtet worden.

### Wer nicht mildemonstriert, wird gehängt!

Ein pugines Märchen erzählt die „Schlesische Zeitung“ ihren Lesern. Ein Märchen, das wieder einmal beweist, daß dies Blatt seinen „Vornehmern“, „gehilbten“, aber total urteilsunfähigen Lesern geradezu alles anbinden kann. Das Blatt meint zunächst, daß die Führer der Sozialdemokratie die Massen nur auf die Straße betäuben, wenn „sie ihnen die fatalen Möglichkeiten disziplinärer Straf-gewalt recht fühlbar vor Augen führen.“ Und dann schreibt es weiter:

Es soll, wie uns aus Berlin berichtet wird, an den Zahlhabenden genau recherchiert werden, wer sich an dem Streikbewegung beteiligt hat oder ferngeblieben ist. Wer nicht hochhaltige Gründe anführen kann, soll wegen seines Fernbleibens ernstlich verurteilt werden. Der größte Terrorismus soll für die letzten Demonstrationen angewandt werden. Es sollen alle Genossen, welche das zweite Mal fehlen, in Strafe genommen werden und beim dritten Male erlindert werden! Diese Disziplinarmassregeln darf man in ihrer Wirkung nicht unterschätzen. Der erkrankte Arbeiter ist vogelfrei, jedes Terrorismus schloß preisgegeben. Die Unzufriedenheit, mit der in dem vorliegenden Maße die sozialdemokratischen Genossen ihre Dienste zu behändigen beschäftigen, wird den Führer der höchsten Ordnung ein Rezept sein, ihrerseits mit geeigneten Mitteln den Umut der Streikdemonstrationen entgegen zu treten.

Es ist sehr schade, daß man der „Schles. Ztg.“ nicht alles mitgeteilt hat. Wir wollen ihr deshalb, da sie nun doch einmal malere geheimen Pläne enthüllt hat, ihre Terrorismusgeschichte ergänzen: Beschlossen ist ferner worden, jeden, der sich an künftigen Streikdemonstrationen nicht beteiligt, zu zwingen, drei Monate lang die „Schles. Ztg.“ zu lesen. Wie uns Eingeweihte versichern, soll das Straf-mittel weit besser wirken, als würden wir die Widerständigen härter, schmerz, verurteilen oder sonst freischießen lassen.

Doch Scherz beiseite. Wer nicht durch die Lektüre der Schlesischen Denunziationen im Denken behindert ist, der weiß so gut wie wir, daß wir es nicht nötig haben, Zwangsmitel anzuwenden. Wenn die Herren von der Korruption die Massen überzeugen wollen, dann mögen sie Sonntag um 2 Uhr im „Regen Heller“ sein: Dort werden ihnen die

Augen übergehen, wenn sie anfangen, alle die Augen zu zählen, die freiwillig kommen!

### Kein Militär gegen Wahlrechtskämpfer.

Eine für den Polizeiprääsidenten sehr betrübende Nachricht kommt uns aus dem Bureau des General-Commandos in Breslau. Bekanntlich hatten die bürgerlichen Blätter, von denen wir es übernommen, am Sonnabend behauptet, für Sonntag, den 18. Februar, sei das Militär alarmiert und für alle Fälle bereit gehalten worden. Daraufhin teilt uns jetzt das General-Commando mit:

„Eine Alarmierung des Militärs aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung hat am Sonntag, den 18. d. Mts. in Breslau nicht stattgefunden.“

Von Seiten des General-Commandos  
Der Chef des Generalstabes  
Graf v. Pfeil,  
Oberst.

Die Militärverwaltung hatte also mehr Vertrauen zu der Friedfertigkeit der Einwohner Breslaus als der Polizeiprääsident. Wird Herr v. Oppen diese Tatsache nicht doch etwas „genant“ sein? Und wird er von der Einsicht des General-Commandos etwas lernen?

### Vom Konkurs des Kaufhauses Feltz Bielekt

teilt die „S. Ztg.“ mit: Im vorigen Jahre geschah es, daß sich in einer öffentlichen Sitzung des Vereins Breslauer Detaillisten ein Mitglied erhob und bittere Regungen gegen das neue Kaufhaus erhob, daß kurz vorher im Hause Neufeldstraße 15 eröffnet worden war. Dem Redner erschienen es unbegreiflich, daß schon wenige Wochen nach der Eröffnung ein Inventurausverkauf stattgefunden hätte und er erzählte ferner, daß er selbst habe Blumen kaufen lassen, und daß er als Fachmann sagen müsse: es sei ganz unerlässlich, wie das Kaufhaus diese Ware zu Preisen abgeben konnte, mit denen kein Kaufmann in Breslau konkurrieren könne. Vergesslich hat der Mann um eine Prüfung dieses Rätsels. Nun endlich ist das Geheimnis offenbar geworden, und zwar durch das Konkursverfahren, dem das Kaufhaus anheimfiel. Zur Zeit jenes Inventurausverkaufs hatte das Geschäft durch den Mangel an Betriebskapital bereits mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und kaum geboren, sah es dem Verfall entgegen. Nach dem Bericht, den der Konkursverwalter, Kaufmann Otto Kasuram, am Dienstag in der ersten Gläubigerversammlung vor dem Amtsgericht erstattete, hat sich das rasche Schicksal des Kaufhauses Feltz Bielekt folgendermaßen abgespielt: Herr Bielekt kam im Jahre 1907 von Lauban nach seiner Heimat Breslau zurück und trat hier als Sozius in das Geschäft seines Schwiegervaters ein, das den Firmenamen Kaufhaus-Warenhaus S. Lauban führte. In Lauban war er selbständiger Kaufmann gewesen, hatte jedoch kein Glück gehabt, obwohl ihm ein Kapital von 10.000 Mk. — das Brautvermögen seiner Frau — zu Gebote stand. Wie er angibt, beschäftigte ihn hier in Breslau der große Plan, den hiesigen Warenhäusern Konkurrenz zu machen, und es gelang ihm, nachdem das Geschäft des Schwiegervaters aufgelöst worden war, seine Schwiegermutter zu bewegen, das Gebäude Neufeldstraße 15 niederreißen zu lassen und auf dem Grundstück ein modernes Warenhaus zu errichten. Bielekt mietete die neuen Räumlichkeiten auf die Dauer von zehn Jahren zu einem jährlichen Pachte von 22.000 Mk. Als nun der Betrieb eröffnet worden sollte, hatte sich Bielekt bereits so weit verausgabt, daß er über gar keine Betriebsmittel mehr verfügte, durch Mißgeschick wurden ihm seine Pläne verderben. Sorgsam hatte er verschiedene Geschäftserklamationen ausgearbeitet, von denen er sich guten Erfolg versprach; doch kurz vor der Veröffentlichung wurden sie ihm verboten, weil die Aufsichtsbehörde in ihnen Merkmale des unlauteren Wettbewerbs erkannte. Er empfand das als einen verberblichen Schlag. Auch war es ein Unglück für ihn, daß ihm die diesjährigen wenig Vertrauen schenken, und daß es seiner Schwiegermutter nicht glückte, ein ihm zugesagtes Betriebskapital von 50.000 Mk. rechtzeitig flüssig zu machen. So begann das Unternehmen von vornherein mit großen Zahlungsschwierigkeiten, und so erklärte sich der vorzeitige Inventurausverkauf nebst den billigen Preisen. Der Konkursverwalter er beizote in seinem Bericht, daß es recht gewagt gewesen sei, ohne Kapitalien ein solches Geschäft zu beginnen. Herr Bielekt machte den Versuch, die Gläubiger um Nachsicht und Aufschub zu bitten, und sowohl seine Schwiegermutter, als auch sein Bruder erböteten sich um Garantieleistungen; das Verhandlungs aber ließ sich nicht mehr abwenden, und so sah er sich Mitte Januar gezwungen, den Konkurs anzumelden. Während der kurzen Zeit seines Bestehens erzielte das Warenhaus einen Umsatz von 48.000 Mk., indes die Handlungsloshen ganze 90.000 Mk. betragen. Auf Veranlassung des Konkursverwalters wird der Betrieb fortgesetzt, und zwar sollen dadurch die Gläubiger und die Miete aufgebracht werden. Für die Gläubiger sind die Ausfisten recht ungünstig. Wenn sich die Verhältnisse in der geplanten Weise regeln ließen, dürfte eine Quote von ungefähr 10 Prozent zur Verteilung gelangen. Sollte sich aber nicht ein Käufer finden, der vom 1. Juli ab in das Mietsverhältnis eintritt, so würden sich Mietsansprüche in Höhe von 200.000 Mk. an die Masse geltend gemacht werden, und dann könnte höchstens auf eine Quote von 6 Prozent gerechnet werden. Die nichtbevorrechtigten Forderungen betragen 146.229, die bevorrechtigten 19.399 Mk.

Die Maurer in Hartlieb werden zu einer Mitglieder-Versammlung eingeladen; die Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr (gleich nach der Demonstration im „Regen Heller“) bei Riedel hat findet. Dazwischen werden soll der Verbandstag und die Vorbereitung, auch soll ein neuer Vorstand erwählt werden.

3. Bisalischer Tob. Am 17. d. Mts., Vormittags 11 1/2 Uhr, kam der Lehrmann 8940 wohnende Reifende Ostar wieder in eine Schankkneipe auf der Lannengasse, trank dort einen Korntrunk und bald dahinter den scheinbar aus Brennspiritus bestehenden Inhalt einer Flasche, die er bei sich hatte. Kurze Zeit darauf brach Niederbestimmungs ab zusammen und starb infolge Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht.

Die Maurer in Hartlieb werden zu einer Mitglieder-Versammlung eingeladen; die Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr (gleich nach der Demonstration im „Regen Heller“) bei Riedel hat findet. Dazwischen werden soll der Verbandstag und die Vorbereitung, auch soll ein neuer Vorstand erwählt werden.

3. Bisalischer Tob. Am 17. d. Mts., Vormittags 11 1/2 Uhr, kam der Lehrmann 8940 wohnende Reifende Ostar wieder in eine Schankkneipe auf der Lannengasse, trank dort einen Korntrunk und bald dahinter den scheinbar aus Brennspiritus bestehenden Inhalt einer Flasche, die er bei sich hatte. Kurze Zeit darauf brach Niederbestimmungs ab zusammen und starb infolge Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht.

Die Maurer in Hartlieb werden zu einer Mitglieder-Versammlung eingeladen; die Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr (gleich nach der Demonstration im „Regen Heller“) bei Riedel hat findet. Dazwischen werden soll der Verbandstag und die Vorbereitung, auch soll ein neuer Vorstand erwählt werden.

3. Bisalischer Tob. Am 17. d. Mts., Vormittags 11 1/2 Uhr, kam der Lehrmann 8940 wohnende Reifende Ostar wieder in eine Schankkneipe auf der Lannengasse, trank dort einen Korntrunk und bald dahinter den scheinbar aus Brennspiritus bestehenden Inhalt einer Flasche, die er bei sich hatte. Kurze Zeit darauf brach Niederbestimmungs ab zusammen und starb infolge Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht.

Die Maurer in Hartlieb werden zu einer Mitglieder-Versammlung eingeladen; die Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr (gleich nach der Demonstration im „Regen Heller“) bei Riedel hat findet. Dazwischen werden soll der Verbandstag und die Vorbereitung, auch soll ein neuer Vorstand erwählt werden.

3. Bisalischer Tob. Am 17. d. Mts., Vormittags 11 1/2 Uhr, kam der Lehrmann 8940 wohnende Reifende Ostar wieder in eine Schankkneipe auf der Lannengasse, trank dort einen Korntrunk und bald dahinter den scheinbar aus Brennspiritus bestehenden Inhalt einer Flasche, die er bei sich hatte. Kurze Zeit darauf brach Niederbestimmungs ab zusammen und starb infolge Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht.

### Bekanntmachung.

Es wird das Recht auf die Straße verläßt! — Das Recht hat einzig die Polizei! Wenn sie erlischt — und das Volk verschwindet ist gleich, so prügelt sie es zu Drei.

Die Strafe dient lediglich dem Verkehr! — Das heißt: es dürfen nur Rücksichtlichen, Schulpne, Peitscharme, Militär, und Hindernis dem Verkehr bereiten.

Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch! — das will bedeuten: Auch ohne Widerstand wollen wir euch kalt niederknien und niedertritten.

Ich warne Kennerige! — sie würden sich, auf welcher Stelle in Preußen's Hauptstadt Die blühenden Behörden stehen! Und wer's bis dahin noch nicht geglaubt hat,

Der wär's es am eigenen Leibe erfahren, daß meine Leute fast gar nicht trennt Von ihren Kollegen im Reich der Barn. Ihr kommt mich...! Der Polizeiprääsident.

# Die Gewerbegerichtswahl

Ist am nächsten Donnerstag von 5 $\frac{1}{2}$  bis 8 $\frac{1}{2}$  Uhr abends. Wo gewahrt wird, steht auf den Einladungskarten. Auf den Stimmzetteln darf nicht ein einziger Name gestrichen werden, da sonst die Urliste ungültig wird. Für alle außer Klärten Arbeiter gilt nur die Urliste I.

## Wink für die Demonstrations-Versammlung im „Letzten Keller“!

Mau gehe zu Fuß! Die herrlichen Gewerkschaften haben bekanntlich den Woylitt über die Linde der großen Elektrischen Straßenbahn verhängt, weil diese 12 organisierte Arbeiter in brutaler Weise maßregelte. Wir empfehlen also, wenn irgend möglich, die Wagen der bis zum Schlachthof und zur Endstation führenden Straßenbahnlinie zu meiden und sich lieber eine Stunde früher zu Fuß auf den Weg zu machen. Die Versammlung beginnt aber pünktlich um 2 Uhr und wird durch ein Signal eingeleitet. Die einzelnen Tribünen sind durch Fahnen kenntlich gemacht!

Die Sänger des Arbeiter-Sängerbundes werden aufgefordert, sich in der Nähe und auf dem Musikpodium zu sammeln. Zum Vortrag gelangen die „Marzellaise“ und die „Internationale“. Den Text des zweiten Liedes finden unsere Leser morgen in der Zeitung.

Darum noch einmal: Keiner fehle!

## Nützt die Stunde! Agitiert für Eure Zeitung!

Am letzten Sonntag haben die Genossen und Genossinnen in wenigen Viertelstunden 100.000 Flugblätter gegen die empfindliche Wahlrechtsvorlage der preussischen Inter-Regie und so bereit und damit die weitesten Kreise über die für die weiteren Entschlüsse des Volkes aufzuklären. Groß ist die Bitterung überall da, wo die Wahlrechtsvorlage vorhanden ist und der feste Wille, sich nicht noch mehr unterdrücken zu lassen. Mehr als sonst sind gerade alle Arbeiterkreise für unsere gute Sache empfänglich. Nützen wir diese Zeit gründlich aus. Wer dabei mitarbeiten will, kommt nächsten Sonntag, Vormittags 8 Uhr, in eines der folgenden Bezirkslokale, um sich an der Volkswacht-Agitation zu beteiligen:

Distrikt	(Gebiet)	Adresse
1	(Gabis)	Kronprinzenstraße 44.
2	(Sauerbrannen)	Hauptstraße 19.
3	(Gröbischer Vorst., südlich)	Kewalstraße 12.
4	(nördlich)	Leubenstraße 13.
5	(Nicolaitor)	Rubensstraße 3.
6		Anderssenstraße 10.
7		Leubnitzstraße 62.
8	(Obertor)	Neuburgstraße 52/54.
8a		Neuburgstraße 6.
8b		Matthiasstraße 140.
9a		Rotenstraße 20a.
10	(Sandtor)	Bühnerstraße 15.
11		Widothenstraße 26.
12	(Schreitniger Vorst.)	Baumstraße 42.
13		Dörfelstraße 68.
14	(Oblauer Tor)	Röntgenstraße 10.
15		Gewerlichshaus.
16	(Streblerer Tor)	Gubenstraße 80.
16a	(Bobruker Tor)	Bobrukerstraße 70.
17	(Schweidnitzer Tor)	Lohestraße 58.
17a		Rendestraße 65.
18	(Innere Stadt, östlich)	Reberberg 7.
19	(westlich)	Hauptstraße 21.
Land-Distrikt 12	(Höpelwitz)	Bromnitzstraße 14.

Parteigenossen und Genossinnen! Wenn hunderte von Kräften pünktlich zur Stelle sind, müssen wir mehr als tausend neue Abonnenten gewinnen. Wer sollte dabei nicht helfen!

**Nur zur Volkswacht-Agitation!**

**Vom Kaufmannsgericht.** Eine Verkäuferin in einer Südbühnenstraße hat die Steuern ohne Kündigung angegeben und ist in ein Kontokorrentkonto eingekassiert, das einen höheren Gehalt zahlt. Die Firma verklagt das Fräulein vor dem Kaufmannsgericht auf Schadenersatz in Höhe von 195 Mark. Sie begründete ihren Anspruch in der Weise, daß es in der gegenwärtigen Zeit schwer sei, in der Südbühnenbranche geeignete Verkäuferinnen zu engagieren. Sie habe daher einen jungen Mann einstellen müssen, der aber einen Monatsgehalt von 125 Mk. bezieht, während die Verkäuferin nur 60 Mk. erhalten hat. Die Beklagte hat sechswöchentliche Raten, so nach wie vor verpflichtet, für 3 Monate die Differenz zu zahlen. Das Kaufmannsgericht beurteilte das Fräulein zur Zahlung von nur 55 Mk. Es gab zu, daß es schwer gewesen sein mag, einen vorkommenden Ersatz zu finden, im Laufe eines Monats wäre es der Firma aber gemäß gelungen, deshalb könnte der Beklagten nur die Differenz von einem Monat aufgebürdet werden. Statt 60 hat die Firma der Klägerin 70 Mk. zahlen wollen, wenn sie geliebt wäre, demnach betrage die Differenz von 70 und 125 Mark 55 Mark, die die Verkäuferin zu zahlen habe.

**Ein geplänkter Schulhausneubau.** Der Breslauer Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung den Neubau eines Schulhauses für 290.000 Mark auf dem südlichen Grundstück Prosdauerstraße 12/14. Mit dem Bau soll noch im Frühjahr begonnen werden, damit er bereits zum 1. April 1911 in Benutzung genommen werden kann. Zur Begründung wird ausgeführt, daß durch den Neubau des Schulhauses an der Oblauer Chaussee der Mangel an Schulräumen in der Oblauer Vorstadt nicht beseitigt wird. Es ist vielmehr der Bau eines weiteren Schulhauses dringend nötig, damit die alten, den hygienischen Anforderungen nicht mehr entsprechenden Schulhäuser Paradiesstraße 25/27 und Laurenzienstraße 84 für Unterrichtszwecke aufgegeben werden können. Dieses Schulhaus soll mit 22, dieses mit 14 Klassen belegt. In Weiskrämer sind zur Zeit in der Oblauer Vorstadt 13 Klassen untergebracht (4 in Brüderstraße 23 und 9 in Lohstraße 20). Es werden hiernach im ganzen Räume für 49 Klassen gebraucht, wobei der Bedarf für in den folgenden Jahren zuzurechnende Klassen noch nicht berücksichtigt ist. Das neue Schulhaus an der Oblauer Chaussee kann 38 Klassen aufnehmen. Das Schulhaus, dessen Bau nunmehr geplant wird, soll 11 Klassen umfassen. Es soll auf dem vorderen Teile des Grundstücks Prosdauerstraße 12/14 erbaut werden. Auf dem hinteren Teile befindet sich bereits ein Volksschulhaus mit 24 Klassen, sowie eine Turnhalle nebst Abortgebäude. Der Entwurf des neuen Schulhauses sieht außer 11 Klassen vor einen Rechenaal mit 2 Sammlungsräumen im ausgebauten Dachgeschoss, 2 Klassenzimmer, 2 Lehrer- und Lehrmittelzimmer, 1 Arztzimmer, sowie im Erdgeschoss 1 Schuldienerwohnung und im Kellergebäude ein Brausebad. Im Erdgeschoss befinden sich ferner 2 Reservelassenräume. Das Schulhaus soll nur mit Mädchenklassen belegt werden. Zur Unterbringung von 32 Klassen muß im Hofe ein besonderes Gebäude errichtet werden.

**Nebstiges Stabiliment.** Der Wille-Verkauf für die am Sonntag, den 19. Februar, und die am Sonntag, den 20. Februar, stattfindenden Nachmittags-Versammlungen ist bereits in vollem Gange. Es sei hierbei nochmals erwähnt, daß die am Sonntagabend folgende Nachmittags-Versammlung bei Raucherlokale stattfindet, während Sonntag Nachmittags das Rauchen gestattet ist.

## Die Gewerbegerichtswähler

werden daran erinnert, daß die Liste I der freien Gewerkschaften mit dem Namen „Raumann, Max, Zimmerer, Alfenstraße 60“, beginnt, und mit dem Namen Nr. 51, „Rosner, Richard, Gutmacher, Gellhornstraße 14“, endigt. Nur diese Liste darf von den aufgestellten Arbeitern abgegeben, ferner darf kein einziger Name gestrichen werden, sonst ist die ganze Liste ungültig!

**\* Die Besucher der Volksvorstellung am Sonntag** werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie vorher ruhig an der Veranstaltung im Letzten Keller teilnehmen können, denn die ist bereits um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr zu Ende und um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr beginnt erst die Vorstellung im Thalia-Theater.

**\* An alle Arbeiter-Sänger.** Die Singen-Gesangsstunde der Arbeiter-Sängervereinigung findet Montag, den 21. Februar im Gewerlichshaus, Abends 8 Uhr, statt. In dieser Probe haben alle Sänger zu erscheinen. Kosten für „Tantalus“, „Dante ist heut“, „Dem Lenz entgegen“ sind mitzubringen.

**\* Metallarbeiter-Verein.** Wir geben unseren Kollegen bekannt, daß morgen Samstag das Bureau um 7 Uhr geschlossen wird. Besonders unsere Hausbesitzer mögen dies beachten. Die Ortsverwaltung.

**\* Deutscher Holzarbeiter-Verein.** Dienstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale des Gewerlichshaus: „Wie die Arbeiter leben, und wie sie leben sollten.“ Referent Genosse Albert. Anträge zum Sonntag, Wahl der Delegierten zum Sonntag.

**\* Achtung, Mobelmaler!** Sonnabend, den 19. Februar, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, findet im Gewerlichshaus unsere Monats-Versammlung statt. Referent: Kollege Peterbauer.

**\* Achtung, Bauarbeiter!** Sonntag, den 20. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Gewerlichshaus, Zimmer 1, Delegierten-Versammlung. Tagesordnung: Der neue Tarif und die zünftigen Aufhaben der Kollegen. Referent K. Seibold.

**\* Ein hellleuchtendes Meteor** wurde Donnerstag Abend kurz nach 7 $\frac{1}{2}$  Uhr beobachtet. Die Erscheinung war von dichtester Höhe und verschwand erst nach wenigen Sekunden im Wolfsschiefer.

**\* Schwere Unglücksfälle bei einem Fahrstuhl.** Der Inhabhaber Johann Hein, Kanthstraße 11 wohnt, war am Donnerstag, Vormittags, in dem Neubau Nikolaistraße 10/11 beschäftigt, eine elektrische Klingel an dem dortigen Fahrstuhl anzubringen. Bei der Arbeit brach er sich einen Augenblick mit dem Oberboden in den Fahrstuhl hinauf und ließ in diesem Augenblick seine Hand auf der Fahrstuhl in Bewegung und klemmte ihn ein. Er erlitt dabei so schwere Quälungen des Brustastens, daß im Allertageshospital, wohin er der Zeit weilte Krankenwagens geschafft wurde, an seinem Auskommen gezwweifelt wird.

**\* Selbstmord.** Die Arbeiterin Marie Arns, geb. Franke, welche Hildebrandstraße 9 wohnt, wurde am 18. d. Mts. in ihrer Wohnung erhängt vorgefunden. Die Leiche ist vorläufig in der Wohnung belassen worden.

**\* Selbstmordversuch.** Der Garentechniker Buchwald aus Olaschitz land am Donnerstag im Sühpal am Teich einen Mann bewußtlos auf, der mittels eines Schußwandes sich zu erlösen versucht hatte. Es gelang, den Bewußtlosen wieder ins Leben zurückzurufen und es wurde ermittelt, daß es sich um den Kleiner Arthur Liebke, Gröbischerstraße Nr. 8 bei den Eltern wohnt, handelt, der seit einiger Zeit an Schwermut leidet.

**\* Vermißt wird seit dem 13. d. Mts.** der Sattler Erich Haber mann aus Sorau. Der 18-jährige junge Mann ist 1.55 Meter groß, hat blondes Haar, graue Augen, und hat kräftige breitschultrige Gestalt; er trägt grauen Schwanz, hellbraunen weichen Hut und hohe schwarze Stiefel.

**\* Feuer in einer Schokoladenfabrik.** Heute früh gegen 4 $\frac{1}{2}$  Uhr brach im Pforten der Schokoladenfabrik von Pilsch, Neue Hauptstraße 12 auf bis er unangenehme Weise Feuer ausbrach. Vom Nebenraum aus wurde schnell die Feuerwehr alarmiert, die, da das Haus noch verschlossen, mit Gewalt die Tür aufbrach und sich Zutritt zu dem Feuer verschaffte. Sie ging dann mit 2 Schläuchen vor, hatte aber fast 1 $\frac{1}{2}$  Stunden lang zu tun, ehe sie dem Feuer Herr wurde.

**\* Gefunden wurden** mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Kraftwagen-Ausweise, ein volles Tuch, ein Schlüsselläng mit Schlüssel, ein Paket mit Pfeffer, eine Knechtensichel, ein weißes und ein braunes Leder, eine Leinwand, ein Libernetz Armband mit Anhänger, ein schwarzer Damensattel, eine Weislanne, ein Fincenez, Legitimationspapiere und Versicherungspapiere.

## Neueste Nachrichten.

### Bedeutliche Zusammenstöße.

Frankfurt a. M., 19. Februar. Frisch's Bureau meldet: Die Sozialdemokraten veranstalteten gestern Abend in verschiedenen Stadtbezirken fünf Versammlungen, in denen die Vergrößerung der Polizei am letzten Sonntag scharf zurückgewiesen wurde. Während die Versammlungen alle ruhig verliefen, kam es später auf der Jelle, wo sich große Menschenmengen gesammelt hatten, zu schweren Unruhen zwischen Polizei und Publikum. Wie sich die Geschehnisse eigentlich entwickelten, konnte noch nicht genau festgestellt werden. Ein Schuhmann erhielt von einem Jährling einen Stich in die Brust (?) und gab darauf fünf Revolverkugeln auf die Menge ab, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Ein 30-jähriger Mann erhielt einen Schuß in die Lunge. An anderer Stelle wurde einem Kriminalschuttmann Pfeffer in die Augen gestreut. Er griff zum Revolver und feuerte mehrere Schüsse in die Menge ab. Aus der Menge heraus wurden Steine gegen die Polizei geschleudert. Es soll auch geschossen worden sein. Wiederholt hieß die Polizei mit blauer Waffe auf die Menge ein und trieb sie in die Nebenstraßen ab. Am Mittwoch war auf der Jelle noch lebhafteste Bewegung.

### Demonstrations-Versammlung.

Salle, 18. Februar. Die gestern hier abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, welche sich mit der Haltung der hiesigen Polizei bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen beschäftigte, nahm einen ruhigen Verlauf. Bis Mitternacht waren keine Kränkelfälle zu verzeichnen. Die Polizei hatte die dienliche Schutzmannschaft zum Dienst herangezogen. Das Rathaus war von Schutzleuten besetzt.

### Der Fall Gorrichter.

Mien, 18. Februar. (S. T. B.) Eine der wichtigsten Fragen der Unternehmung gegen Gorrichter, die der Gorrichter-Fallung wurde nunmehr, wie sich aus dem Bericht ergibt, entschieden.

geblich wurde im Vorjahre, als der Konflikt mit Serbien unheimlich sich, den Kommandanten der in Bosnien und der Herzegovina zusammengezogenen Regimenter Chantall mit der Bestimmung des Kriegsmintners zugeführt, daß im Falle des Ausbruchs eines Krieges es die Offiziere verwenden die in Gefangenschaft geraten. Es wurde auch der 13. Gebirgsbrigade, der Befehlshaber zugeführt, ein bestimmtes Quantum geliefert. Es soll sich jetzt herausgestellt haben, daß Gorrichter, der mit der Bestimmung beauftragt war, nicht das ganze Quantum verteilt hat, sondern einen Teil zurückbehalten hat. Man glaubt nun, daß G. seine Pistolen mit diesem Gift gefüllt hat.

### Sturmwetter in England.

London, 18. Februar. (S. T. B.) Die Nachrichten über die Verheerungen, welche der Sturm in allen Teilen Englands anrichtete, lauten immer trübsamer. In Irland wurden eine Lokomotive und drei Wagen ins Meer geschleudert. In vielen Städten wurden Mauern umgeworfen, Häuser zerstört und Bäume umgewurzelt.

### Die Geretteten des Dampfers „Lima“.

New York, 18. Febr. (S. T. B.) In Quillon ist der amerikanische Schiffsbunker eingetroffen, der berichtet, daß der Kreuzer „Mintara“ gestern am Dienstag 89 Passagiere und Leute der Besatzung des gestrandeten Dampfers Lima gerettet hat. 205 Passagiere sind vorher von dem Dampfer „Hammet“ gerettet worden.

London, 18. Februar. (S. T. B.) 22.000 Reiter des Mullah haben Niederbayer überfallen. Sie übten zahlreiche Einquartierungen und haben mehrere Dörfer in Brand. Auf Seite des Mullah wurden 40 Mann getötet und 90 verwundet.

Buenos Aires, 18. Februar. (S. T. B.) Auf einem Postamt am Rive de la Plata unternehmte der Postmeister die Beförderung eines Expresspakets und gewann diese, indem er 23 Kilometer in 14 Minuten in einer Höhe von 70 Meter zurücklegte. Die Beförderung betrug 43 Kilometer, die in 45 Minuten durchlaufen wurde. Ebenfalls auf dem Postamt am Rive de la Plata unternehmte ein Arbeiter die Beförderung eines Pakets, infolge der Steigung fiel der Arbeiter zu Boden und wurde getötet. Der Postmeister blieb unverletzt.

## Versammlungen und Vereine.

### Breslauer Jugendheim!

Geöffnet jeden Sonntag von 3-9 Uhr Nachmittags. In den Zimmern 5, 6 und 7 des Gewerlichshaus, Margaretenstraße 17: Gesellschaft - Lesesaal - Spiele u. a. m.

### Gewerlichshaus.

- Freitag, den 18. Februar: Stenographen. Zimmer 1 u. 3. Maler. Versammlung Abends 7 Uhr Zimmer 2. Sonabend, den 19. Februar: Buchbinder. Maler-Versammlung. Vortrag und Verbindungswerke. Zimmer 3/4. Bildhauer. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Zimmer 5. Raufenball des Metallarbeiter-Verbandes. Sonntag, den 20. Februar: Deutscher-Versammlung Vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr Zimmer 1. Sozialdemokratischer Verein Breslau-Vand. Nachmittags 3 Uhr Versammlung. Zimmer 2. Steinarbeiter. Kassenstag Vormittags von 10 bis 12 Uhr. Zimmer 7. Schneider-Verband. Raufenball. Arbeiter-Versammlung (Breslau und Umgegend). Abends 8 Uhr Gesangsprobe im großen Saal: „Tantalus“, „Dem Lenz entgegen“, „Dante ist heut“, „kommen zur Einübung.“ Alle Vereine haben vorgeschrieben zu erscheinen. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 $\frac{1}{2}$ -9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 22. Februar: Holzarbeiterverband. Generalversammlung im Saal. Mittwoch, den 23. Februar: Arbeiter-Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Donnerstag, den 24. Februar: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 $\frac{1}{2}$ -9 Uhr im Zimmer 7.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau

Volkswacht-Agitation. Sonntag, den 20. Februar. In allen 19 Distrikten und Bezirken der Stadt Breslau. Die Genossen treffen sich Vormittags 3 Uhr in den Bezirkslokalen, wo das Material und nähere Anweisung ausgegeben werden.

### Distrikt 2 (Sauerbrannen).

Achtung, Bezirksleiter! Freitag, den 18. d. Mts., Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung im Distrikts-Lokal bei Glabis.

Distrikt 3a (Gröbischer Vorstadt, nördlich). Das Material zur „Volkswacht“-Agitation wird bis Samstag, den 19. d. Mts., ausgegeben.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor südlich). Die „Volkswacht“-Agitation in unserem Distrikt wird vom Lokale Röhstraße 58 aus unternommen.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

- Neumarkt. Sonntag, den 20. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerlichshaus: Geschäftsleitende Versammlung. 1. Kassenbericht. 2. Quartalsbericht 1909/10. 3. Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. 4. Bericht vom preussischen Parteitag. 5. Beschlüsse. Der Vorstand.
- Sand-Distrikt 2 (Bezirk 1, 2 u. 3). Sonntag, den 20. Februar, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr: Kassenbericht. Jeder erlaube. Referent an Stelle.
- Sand-Distrikt 5 (Bezirk 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100). Mittwoch, den 23. Februar, Abends 8 Uhr, bei Kiebel: Zusammenkunft. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Schiller. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Die Entscheidung der Kandidaten fällt auf Beschlüsse fort, daher erlaube jeder auf diese hinweis.
- Sand-Distrikt 11 (Bezirk 11). Sonntag, den 20. Februar 1910, Vormittags um 10 Uhr, Zusammenkunft und Kassenbericht bei G. Schiller. Aufstellung der Kandidaten. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Der Distriktsleiter.
- Distrikt 18 (Höpelwitz). Freitag, den 18. Februar, Abends 7 Uhr: Flugblattverteilung von G. Schiller.
- Sonntag, den 20. Februar, f. H. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „Volkswacht“-Agitation. An beiden Tagen wird eine feste Beteiligung erwünscht.

## Bauerbeiter-Schutz-Kommission.

Telephon 378. Gewerlichshaus, Breslau, Margaretenstraße 17, II.

Alle größeren Unfälle sowie alle Beschwerden über mangelhaften Bauarbeiterstand sind sofort an Herrn Otto Radmann unter obenstehender Adresse zu melden.







**Schwarzen Holz** darf man nicht zu viel verkaufen. (Weiterf.) Die es ist aus der damaligen Vorlage weggelassen. In sich die Revision vielleicht über die Dinge nicht mehr im Klaren, weil einige Ministerien anders beistehen mochten? (Sehr gut! bei den Cox.) Aber die Stagnation der Bureaukratie bewirkt gerade das Vorwärtsdrängen des Fortschritts. Die Regierung ist nicht bloß stehen geblieben, sondern hat sich nach rückwärts entwickelt. Das Volk aber entwickelt sich weiter. (Lebte. Zustimmung bei den Cox.)

Man hätte bei dieser Gelegenheit an eine Kodifikation des gesamten Arbeiterrechtes heranzudenken müssen. Auch müssen vor allem die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten der Eisenbahnverwaltung unterstellt werden. Auch die Abschnitte über die Sonntagsruhe bedürfen einer gründlichen Umarbeitung, und ebenso wenig ist die Frage der Sicherung des Lohnes in Angriff genommen.

Die Regierung wird auf die Dauer keine Entschädigung haben, dafür, daß sie hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, mit welcher die Sozialpolitik Schritt zu halten hat. (Lebte. Zustimmung bei den Cox.) Damit schließt die Diskussion und die Vorlage geht an die Hausarbeitskommission. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Interpellation Albrecht (Cox.) über die Bethmann'schen Wahlrechtsverordnungen. Etat des Reichstags des Jahres. Schluß 7 1/2 Uhr.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**  
**„Ein Feld“.**

Herr Landtagsabgeordneter Sachse - Schiffsdorf hatte in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender des Bundes der Landwirte für die Zeit vom 5. bis 22. Februar im Bezirke Brieg Versammlungen arrangiert, in denen ein Herr Seiffert über die Stellung des Bauern zu den politischen Tagesfragen referieren sollte. In Wittweh, Abends 7 1/2 Uhr, war eine dieser Versammlungen in das Gasthaus von Scheide in Groß-Denkbusch einberufen worden. Da zu dieser Versammlung auch Landwirte und Freunde der Landwirtschaft eingeladen waren, hatten sich die Maurer und Zimmerer von Lubisch, die fast sämtlich einen kleinen Besitz haben, zahlreich eingeschrieben. Auch Genosse L. H. Müller aus Breslau, der Kandidat des Wahlkreises, war zur Stelle.

Als sich unsere Genossen immer zahlreicher in der Gaststube einfanden, bemächtigte sich des Herrn Referenten eine höhere Unruhe, und als der Zeitpunkt des Beginns der Versammlung heranziehete, war er — bestürzt worden. Den Gehör hatte er beantragt, das Licht im Versammlungssaal auszulöschen, auch hatte er ihm 1,50 Mark Entschädigung für die gebildeten Unkosten gegeben. In einer äußerst fatalen Situation ließ der Herr Redner sechs hundertfache Landwirte sitzen, die an der Versammlung teilnehmen wollten, sich aber jetzt an den vernünftigen Beschlüssen unserer Parteigenossen eraciden konnten. Diese Landwirte dürften einen wunden Begriff bekommen haben, von der zeitigen Vertretung ihrer Interessen durch den Bund der Landwirte. Der Geld des Tages hatte sich in jenen in das zweite Geldstück des Dorfes begeben, wo er im Herrenhübeln Platz genommen hatte. Einsam und verlassen konnte er dort über seine Geldnot nachgrübeln.

Von sozialdemokratischer Seite wurde nun dem Wirt der Vorschlag unterbreitet, diese Versammlung stattdessen zu lassen, und Genosse Müller erklärte sich bereit, über das angeführte Thema referieren zu wollen. Herr Scheide demotivierte aber entsetzlich sein Lokal für diesen Zweck. Unsere Landwirte Freunde hat dieser Vorfall beunruhigt, und da Herr Seiffert in den nächsten Tagen in der dortigen Gegend noch mehrere Versammlungen abhalten will, werden sie ihm noch einige Besuche abpassen.

Der Auftraggeber dieses unartigen Referenten war der Landtagsabgeordnete Sachse, derselbe Herr, der erst vor einigen Tagen unsere Brieger Genossen glaubte verböhen zu müssen, indem er erklärte, die Brieger Arbeiter hätten vor seinem bößig

undbewohnten und verschlossenen Hause mit großem Wagemut eine Wahlrechts-Demonstration in Szene gesetzt. Vielleicht interessiert sich Herr Koch jetzt mehr für den Wagen mit seiner Besatzung, als über den unferen Genossen. Wir können ihm verkünden: Ein Sozialdemokrat kneift nie vor einer ehrlichen, sachlichen Debatte, und es muß eine schlechte Sache sein, die man nicht zu verteidigen wagt.

**Brieg, 19. Februar.** Die Riege als Bierärzner. Vor einigen Tagen wurde nach dem „An.“ von einem Herrn eine Dame mit 2 Kindern in dem Feuerlöcher des Ausstellens beobachtet, wie sie mit ihren Kindern mühsam lange, auf bewirbelte Feueranker beauftragt und die Ranten in einem Kocher sammelte. Panzer, die ohne Bruch zu zerfallen, wurden vorgeworfen. Der betreffende Herr stellte die Dame zur Rede und erhielt zur Antwort, das ange ihn doch garnicht an, er lähe doch, daß der Feuer hier wild wolle, und da könne ihn sich jeder helfen. Dieser konnte die Verächtlichkeit der vorverrichteten Dame nicht fassen und wurde sich der Herr nach einem Parwörter nusch, wurde ihr der Boden zu brü und sie verstand mit ihrem Kinde. Der Herr ist mit vieler Mühe angekommen, um dort zur Riege zu dienen und es ist dann ungeschicklich, Parlanlagen welche der Unwissenheit dienen, zu verändern.

**Brieg, 18. Februar.** Als ungetreuer Beamter entwarf sich hier der Herr Krima Ruzing an eine Stelle nachhüter Adler. Er hatte seinem Chef bei Abbruch des Wochenlohnes für die Arbeiter, größere Summen anzugeben, als er in Wirklichkeit brachte und damit einen leichten Lebenswandel gelübt. Anrecht soll der unverschämte Betrag sich auf mehrere Tausend Mark belaufen. Als Adler von seinem Chef an Rechenschaft gezogen werden sollte, verließ er heimlich und unbedacht den Betrieb.

**Adina.** Bezirksleiter! Sämtliche Genossen müssen Sonntag, den 20. Februar, Vormittag 11 Uhr im „Grünen Adler“ zur weiteren Agitation erscheinen. Kein Genosse darf dabei fehlen.

**Brieg, 18. Febr.** Wegen § 175 St.-G.-B. ist ein hiesiger Vorbereiter und Helfer am Grund eines dreimaligen Vergehens verhaftet worden. Er hat sich wegen desselben Vergehens schon einmal vor längerer Zeit eine 1 1/2-jährige Gefängnisstrafe zuzuehen.

**Opeln, 18. Februar.** Zur Warnung für Kutscher. Der Regierungspräsident hat folgende Verfügung erlassen: „Es sind neuerdings wieder Klagen darüber laut geworden, daß Kutscher die Fortbewegung zu schwer beladenen oder in'sgeheichlicher Weise und Willkür Sachverhalte stellen überhöhter Lastfahrten durch fortwährendes gramames Peitschen der vorspannten Pferde zu eraciden suchen, insoweit den Tieren die nötige Rast zur Gewinnung neuer Kräfte zu gewähren oder Vorspann zu beschaffen. Ich erische sämtliche Polizeipostbeamte von einem arzuweisen, dem erwähnten Mißstände ihre verstärkte Aufmerksamkeit zuwenden und Tierquälereien unmissverständlich zur Strafanzeige zu bringen.“

**Kattowitz, 18. Febr.** „Nakenketter“ De Sablom'schen Eheleute haben auf dem hiesigen Bahnhof ihren acht Tage alten Knaben aufgesetzt und sind dann verschwunden. Als die Polizei hiervon Kenntnis erhielt, schickte sie nach den herlosen Eltern und konnte sie noch ergreifen, bevor sie die Grenze nach ihrer Heimat Galizien überschritten hatten. Das Kind soll nach Angabe der Verhafteten in Sicherheit sein, was aber bisher keine Bestätigung gefunden hat.

**Posen, 18. Febr.** Ein riesiger Findling. In dem Sandhacker der Tomweite Ludwigstraße M. Verkleinert ist dieser Tage ein Feldstein von ganz gewaltigen Dimensionen gefunden worden. Der Stein besitzt eine Höhe von 3,50 Metern, eine Breite von ebenfalls 3,50 Metern und mit im Umfang 11 Meter.

**Wieschen (Posen), 18. Februar.** Zu unserem Artikel „Sklaverei in Preußen“, wonach ein noch schulpflichtiges Mädchen aus dem Dienst entlaufen und von der

Polizei gefesselt zurückgebracht wurde, wird uns geschrieben: „Wieschener Kreisblatt“ wurde kürzlich in einem Einzelfall ein ganz ähnlicher Fall besprochen. Als Antwort hierauf ließ die hiesige Polizeiverwaltung dem Einlieferer an derselben Stelle folgende Rückschreibung zuteil werden:

„Das Mädchen L. war dem Grundbesitzer M. aus dem Dienst entlaufen und bereits einmal zugeführt worden. Trotzdem entließ es wiederum und sollte nun einige Tage vor dem 1. d. Mts. nochmals zurückgeführt werden. Auf dem Wege nach der Dienststelle und zwar in der Nähe des städtischen Friedhofs entließ es dem mit der Zuführung beauftragten Polizeibeamten. In der Wiedererreichung des Mädchens wurde der Beamte durch die Mutter des erleren verhindert. Am 1. d. M. wurde das Mädchen durch denselben Beamten abgeholt und um ein abermaliges Entweichen zu verhindern, legte der Beamte dem Mädchen ein Kettchen um die Hand und führte es alsbald dem Dienstherrn zu; ein anderes Mittel gibt es nicht, um die Widerstandskraft zu brechen. Von einer Festlegung kann unseres Erachtens keine Rede sein, denn durch das Anlegen der Kette würden weder Schmerzen verursacht, noch wurde das Mädchen in seiner Bewegungsfreiheit gehindert. Den Vorfall hat das Mädchen durch sein Verhalten selbst verursacht. Der Einlieferer befristet nur eine Vorlegung des Eheguts des Mädchens. Das aber auch das Eheguts des Polizeibeamten hätte verlegt werden können, daran denkt der Einlieferer nicht. Wären Eirbrud hätte es auf das Publikum gemacht, wenn das Mädchen dem Beamten entlaufen und dieser, um seinen Auftrag zu erfüllen, dem Mädchen nachgelaufen wäre, durch die Straßen der Stadt geht und schließlich zum Polizeibeamten eingeholt hätte; dann wäre sicherlich der Polizeibeamte ausgelacht und sein Eheguts verlegt worden.“

Wieschen, den 7. Februar 1910.

Die Polizei-Verwaltung.

Es gibt schon noch „ein anderes Mittel“, nämlich die Befestigung aller preussischen Kutscher- und Polizeischmied durch die Entschärfung des Volkes!

**Briefkasten.**

- M. G. Natürlich hat Vektor Mische wissenschaftlich die falsche Notiz gegen Stadthagen gebracht. Aber ob ihm weiter Notiz deshalb die Ehe antun wird, ihn wegen Verleumdung zu belangen, glauben wir nicht. Kommerzin haben wir ihm auf Ihren Wunsch das Mischeblatt angedruckt.
- H. J. Wortverfälschung. Dankend erhalten, wird gelegentlich verwendet. Aber wir haben die Plakate dieser Schwirbelgeschäfte schon so oft gebrauchmacht, daß die Arbeiter eigentlich gewarnt sein sollten.
- H. B. Kreuzburgerstraße. Nach Ihren Angaben durften Sie am 15. Febr. die Wohnung künbigen und können am 1. März ankehren. Makgebend ist der § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches.
- H. Schillerstraße. 1. Das Gewerbe ist beim Magistrat anzumelden. Der Kaufvertrag ist stampelpflichtig. 2. Der mündlich abgeschlossene Vertrag ist auch gültig.
- F. Pleischen. Kofel P. o. a. z. in Breslau VII, Gabelstraße 51.
- H. F. Girsberg. 1. Sie dürfen das nicht ohne weiteres von der Wirt abziehen; einholen Sie sich mit dem Wirt. 2. Ja.
- 100. Pesthammer. Anonyme Anfragen beantworteten wir nicht.
- Nr. 65. Ostrositz. Sie müssen die Krankentafel beim Landrat des Kreises wegen Zahlung des Krankengeldes verklagen. Bisher ersuchen Sie aber erst den Vorstand der Kasse, daß er Ihnen das Krankengeld zahlt.
- Nr. 10. Lesen Sie dem Gerichtsvollzieher das Urteil des Gerichts über die Freigabe der Sachen vor; er wird dann die Siegel entfernen.
- P. Bromberg. 1. Das wissen wir nicht, aber die Schlesische Polensche Bankgewerks-Vereinigung in Breslau II, Malteerstraße 14, wird Ihnen die gewünschte Auskunft geben. 2. Nicht zu verurteilen.



# Trinkt keinen Kaffee!



Seit vielen Jahren ist die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. — Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung. — Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffe Zusatz und künstlichen Kaffeearten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffees, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schweres Geld verkauft werden.

1 Pfund Kaffee	= 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10,	also 1 Tasse Kaffee . . . . . ca. 2 Pfg.
1 Pfund Saman Tee	= 1500 Tassen kostet M. 3.—,	also 1 Tasse Saman Tee . . . . . 0.2 Pfg.

**Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee**  
**Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee**

Saman Tee ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee. Saman Tee ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde. Saman Tee ist schon in den kleinsten Packungen von 10 Pfg. erhältlich. — Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees.

Nach eingehenden Versuchen und Untersuchungen des bekannten vereidigten Chemikers Dr. Paul Jeserich enthält eine 10-Pfg.-Packung Saman Tee 30 Tassen Tee. Herr Dr. Jeserich hat die dauernde Kontrolle von Saman Tee übernommen.

Verlangen Sie Saman Tee, denn er vereinigt Billigkeit mit köstlichem Wohlgeschmack.

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/2 und 1/4 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

## Allgemeine Teeimport Gesellschaft Berlin SO 36, Harzer Str. 33.

Fernsprecher 4778.
Allein-Vertretung: R. A. Leusch, BRESLAU, Goethestrasse 51.
Fernsprecher 4778.



# Trinkt Saman Tee!



In Breslau in 1000 durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt.